

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonat 7905.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 22.

Sonnabend, den 28. Mai 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands. — Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — 4. Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands. — Der blamierte Herr Kumpf. — Zur Aussperrung der Bauarbeiter. — Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose. — Verbandstag der Strich-Dunderföhen Gewerkschaften. — Entgegnung. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Neue Zahlstelle. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die deutsche Stein-Industrie im Lichte der Statistik. I. — Feuilleton: Die Untertunnelung der Elbe in Hamburg. — Die internationale Gewerkschaftsbewegung. — Ein Blick hinter die Kulissen einer christlichen Gewerkschaft.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

Die Aussperrung der baugewerblichen Arbeiter ist nunmehr in die sechste Woche eingetreten, ohne daß die Beendigung abzusehen ist. Es werden in der Tagespresse fortwährend Mitteilungen und Gerüchte verbreitet, die den Kampf als einen bereits im Abflauen begriffen bezeichnen und das nahe Ende desselben in Aussicht stellen. Diese Mitteilungen sind durchaus irreführend und dürfen keineswegs als Veranlassung dazu benutzt werden, in der Solidarität gegenüber den Ausgesperrten zu erlahmen. Wenn die Aussperrung auch weit hinter dem vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe erwarteten Umfang zurückgeblieben ist, und sich große Unzufriedenheit in den Arbeitgeberkreisen zeigt, so ist doch die Zahl der Ausgesperrten mit ihren Familien eine so außerordentlich große, daß die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft ihnen nicht entzogen werden darf. Auch die Dauer des Kampfes dürfte voraussichtlich eine längere sein, daran vermögen vorläufig alle gelegentlichen Vermittlungsaktionen und Friedenswünsche fernstehender Kreise nicht das geringste zu ändern, solange die Bauarbeiter nicht selbst ihre unerschütterlichen Forderungen zurückziehen und den Arbeiterorganisationen Entgegenkommen beweisen.

Mit einer längeren Dauer der Aussperrung in erheblichem Umfang also unter allen Umständen zu rechnen. Angesichts dieser ernsten Situation müssen wir die deutsche gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von neuem zu tatkräftigster finanzieller Unterstützung der Ausgesperrten und ihrer Familien aufrufen. Die Sammlungen dürfen nicht mit vermindertem Eifer betrieben werden und ihre Erträge nicht nachlassen, sondern sie müssen nach Möglichkeit gesteigert werden, denn von den finanziellen Mitteln hängt die Dauer der Widerstandsfähigkeit der Ausgesperrten und damit auch ihr schließlicher Sieg in diesem Kampfe ab, den jeder organisierte Arbeiter herbeiwünschen muß.

Hinsichtlich der Organisierung der Sammlungen, der Ablieferung der Gelder und der Quittierung der eingegangenen Beträge verweisen wir auf unsern ersten Aufruf.

Wäge die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands zeigen, daß die ausgesperrten baugewerblichen Arbeiter auf ihre Unterstützung rechnen können!

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
E. Region.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Weber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wesentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Von der Bauarbeiteraussperrung wurden unsere Kollegen in folgenden Zahlstellen betroffen: Langensfeld, Kaiserslautern, Blankenburg, Göttingen, Straßburg, Essen, Nürnberg, Stuttgart, Heilbronn, Braunschweig und Mülhausen (Elsaß).

Bede bei Gummersbach (Rhld.). Die Lohnbewegung der Pflastersteinarbeiter in Bede, Frömmersbach und Umgebung ist zu unseren Gunsten beendet. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung pro Stunde von 3 Pfg. (von 57 auf 60 Pfg.). Außerdem wurden die Akkordpreise erhöht; der Mehrverdienst beträgt pro Woche 1.80 Mk. An dem Ertragen nehmen 210 Steinarbeiter teil.

Edartshausen. Die Firma Gottschalk beabsichtigte, den Steinmehren einen Tarif aufzuzwingen, ohne auf unsere Ergänzungsvorlage einzugehen. Gottschalk drohte, wenn unserseits keine Annahme der Bedingungen erfolge, noch unter dem Spezialtarif zu zahlen. Die Kollegen legten am 14. Mai die Arbeit nieder.

Roth am Sand. Wegen Maßregelung eines Kollegen sind die Verbandsmitglieder bei der Firma Neupert & Wieser in den Streik getreten.

Beucha-Brandis. Die Pflastersteinarbeiter der Firma Bruno Freizer stehen im Streik. Insbesondere weigert sich Herr Freizer, am Kohlenberge die Schmiedelosten zu übernehmen.

Striegau. Die hiesigen Unternehmer üben gegenüber den Steinarbeitern die reine Tyrannei. Will ein Kollege

sein Arbeitsverhältnis lösen, so wird ihm das unmöglich gemacht, weil die Unternehmer gegenseitig keine Leute einstellen. Zuzug nach Striegau und Umgebung ist fernzuhalten.

Köln I. Die Unternehmer haben am 7. Mai 52 Kollegen (Steinmehren) ausgesperrt.

Hohenleuben (Neuf.). Wegen Lohn Differenzen ist die Firma Krebs, Steinbruch Reichenfels, gesperrt.

Heilbronn. Die Kollegen der Vereinigten Sandsteinwerke wurden ausgesperrt, weil sie sich weigerten, einen von der Firma unter dem Druck der allgemeinen Bauarbeiteraussperrung vorgelegten Unterakord mit 20 Mk. pro Kubikmeter Durchschnittspreis einzugehen.

Böbau. Bei der Firma Kumpf stehen 42 Kollegen im Ausstand.

St. Johann. Die Firma Burger ist gesperrt. Die Behandlung den Arbeitern gegenüber läßt viel zu wünschen übrig. Granitarbeiter mögen Zuzug unterlassen.

Garnberg (Württemberg). Der Unternehmer Kübler entließ unsere Verbandsmitglieder, um Unorganisierte beschäftigen zu können.

Mittweida. Die Firma Peterschütz ist gesperrt.

Kiefersfelden. Die langwierigen Unterhandlungen wurden durch Abschluß eines Vertrages bis 31. März 1913 beendet. Die Zugeständnisse sind äußerst gering, die Minimallöhne stehen nach wie vor auf dem tiefsten Stufe und stehen zurzeit unter der Würde einer Weltfirma. Aus taktischen Erwägungen wurde von einem Kampf abgesehen. Der Vertrag kommt für 60 Steinmehren und Schleifer in Betracht.

Neuhäus am Inn. Wegen Ablehnung von Verhandlungen ist Zuzug nach wie vor fernzuhalten.

Floh. Durch den Gewerberat sind Unterhandlungen angebahnt. Ein Tarifabschluß kam bisher noch nicht zustande.

Bei Streitnotizen ist immer anzugeben, welche Firmen betroffen werden und wieweit dabei von uns Verbandsmitglieder in Frage kommen. Redaktion.

4. Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

Im schönen, reich mit Naturschönheiten bedachten Eisenach sind die Delegierten am 23. Mai zusammen gekommen, um im Lokal Zum goldenen Engel ihren vierten Verbandstag abzuhalten. Nachdem Faber-Eisenach die Delegierten begrüßt, eröffnete der Vorsitzende den Verbandstag. — Es nahmen 46 Delegierte, Vorstand, Ausschuß, Redaktion und 11 Gauleiter als Verbandsvertreter, Genosse Peine-Berlin als Vertreter der Bauarbeiterkommission, und Genosse Knoll als Vertreter der Generalkommission und des Steinsegerverbandes teil.

Ins Bureau wurden gewählt: Als Vorsitzende mit gleichen Rechten: Elsner-Dresden und Starke-Leipzig; als Schriftführer: Sieben-Berlin und Stettmeier-Metten.

Mandatsprüfungskommission: Hansche-Berlin, Schlegel-Beucha, Rode-Böbau, Göpfert-Würzburg, Sinf-München, Menges-Frankfurt, Weindl-Kappelrodt.

Beschwerdekommision: Sporleder-Osterwald, Seidel-Dresden, Moosmüller-Strichhausen, Barta-Strehlen, Waldhart-Straßburg, Hoffmann-Selb, Neumann-Hamburg.

Wahlvorbereitungskommission: Müller-Striegau, Spinnrats-Essen, Rothe-Bunzlau, Adler-Pirna, Bühler-Erfurt, Schmidt-Bayreuth, Lehmann-Niel.

Hansche-Berlin erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Die 46 Mandate werden für gültig erklärt.

Nach Erledigung der weiteren Formalitäten wird in die Verhandlungen eingetreten und erhält Starke-Leipzig das Wort. Zunächst bringt Rebnor eine Resolution, die sich mit der Aussperrung der Bauarbeiter beschäftigt, zur Verlesung. Durch Annahme dieser Resolution wird den Bauarbeitern die volle Sympathie und Opferwilligkeit zugesichert, damit sie als Sieger aus diesem ausgezogenen Kampfe hervorgehen. Zurzeit sind 700 Steinarbeiter durch diesen Kampf in Mitleidenschaft gezogen, es steht jedoch zu erwarten, daß die Aussperrung sich noch auf verschiedene Steinbrüche erstrecken wird. Der Reichs.arif hat seit Jahren eine große Rolle auch bei den Steinarbeitern gespielt, aber bisher ist er im Gewerbe noch nirgends zur Einführung gelangt; statt dessen haben die Bezirksarife Ausdehnung gefunden und fast alle sind nach sächsischem Muster aufgebaut. Einen Reichs.arif halte er, besonders zur Verbesserung der süddeutschen Verhältnisse, wo besonders niedrige Löhne vorherrschend sind, für praktisch. Im weitem macht er darauf aufmerksam, daß bei Abschluß von Tarifverträgen Wert auf die Einführung von Schutzbestimmungen, z. B. Schutzbücher, gelegt werde.

Zur Verschmelzungsfrage übergehend betont er, daß nach seiner Meinung die Frage gar nicht so brennend sei, da wohl zu erwägen ist, welche Verbände für die Verschmelzung in Betracht kommen können. Nach seiner Meinung würde der Verband bei einer Verschmelzung in Atome aufgelöst werden müssen. Wohl treibt das Unternehmertum zum Zusammenschluß, doch Ueberreilung bei der Verschiedenartigkeit der Lohnformen sei niemals gut.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflochtenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung. Die verschiedenen Organisationen des Auslandes haben die Einrichtungen der deutschen Bruderorganisation als Muster ihrer eigenen Einrichtungen genommen, und so sind die Unterstützungs-einrichtungen fast alle gleich geregelt.

Die winzigsten Beiträge zahlt heute noch die französische Organisation mit 8 Pfg. pro Monat. — Die Anstellung der Gauleiter, die in Nürnberg beschlossen wurde, hat nicht alle Hoffnungen erfüllt. — Die Unterstützungsfrage der durch die Bauarbeiteraussperrung arbeitslos gewordenen Steinarbeiter hat kleine Mißstimmungen gezeitigt, weil die Verbandskollegen nach dem Statut unterstützt worden sind, obgleich die Generalkommission in einem Schreiben darauf aufmerksam machte, daß die beteiligten Verbände erst nach Ablauf der dritten Woche Unterstützung zahlen würden. In dem Schreiben war betont, daß alle Verbände, die Bauarbeiter als Mitglieder haben, sich nach diesen Beschlüssen richten müßten. Da der Steinarbeiterverband keine Bauarbeiter als Mitglieder hat, so glaubte der Vorstand, nach den statutarischen Bestimmungen handeln zu müssen. Ausgesperrte Bauarbeiter aus Braunschweig und Nürnberg haben deshalb Beschwerde bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eingelegt, weil durch diese Verschiedenartigkeit der Unterstützung Mißstimmung in den Reihen der Ausgesperrten erzeugt worden ist. — An den Unterrichtskursen der Generalkommission haben alle Angestellten des Steinarbeiterverbandes teilgenommen. (Beifall.)

Der Kassierer Geist erläutert den Kasienbericht. Auch seine Ausführungen wurden mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen.

Der Bericht des Ausschusses erstreckt sich auf interne Verbandsangelegenheiten.

Für die Redaktion berichtet Kollege Staudinger; er betont, daß der Steinarbeiter in allen Fragen wirtschaftlicher, politischer und beruflicher Natur stets objektiv gehandelt habe. Im weiteren erwähnt er den Artikel: Pflege der Fachwissenschaft, der vor kurzem in der Neuen Zeit erschienen ist, der ziemlich abfällig über fachwissenschaftliche Bildung urteilt. Er glaubt, daß jedes Mitglied die fachwissenschaftlichen Artikel gern lese, und daß es auch notwendig sei, daß die Mitglieder mehr über das Material, welches sie täglich bearbeiten, wissen, und daß die Artikel aus diesen Gründen notwendig seien. Die Wirtschaftsartikel von Calver übernehme er deshalb, weil die Artikel äußerst klar und populär geschrieben seien. Der Steinarbeiter habe keinen Grund, den Schriftsteller Calver auszusperrn.

Um unter den Steinarbeitern die Gesteinskunde zu wecken, hat Staudinger eine Gesteins- und Mineralienammlung ausgestellt. Die Sammlung zeigt schon polierte Granit- und Marmorarten, desgleichen erzt gearbeitete Sandsteinarten. Die Ausstellung umfaßt 250 Stücke.

In der Debatte zum Bericht des Vorstandes erhält als erster das Wort

Seidel-Dresden: Die Veröffentlichung des Artikels in Nr. 40 des „Steinarbeiter“ vom Jahre 1909 war ein Fehler der Redaktion, deren Aufgabe gewesen wäre, etwaige Brangengegenstände zu überbrücken, nicht aber solche neu hervorzurufen. Es ist selbstverständlich, daß alle Branchen des Verbandes und auch die Granitarbeiter bei eventuellen Anstellungen von Beamten berücksichtigt werden, soweit geeignete Kräfte vorhanden sind. Die Hilfsarbeiterfrage durfte von der Redaktion nicht so in den Vordergrund der Debatte zum Verbandstag gestellt werden. Dazu lag keine Veranlassung vor, weil uns jetzt schon nichts hindert, die Hilfsarbeiter aufzunehmen. Der niedrige Beitrag macht es nicht allein. Auch wir haben unsere Hilfsarbeiter mit den vorhandenen Beitragsklassen gewonnen. Die Frage wurde nur so in den Vordergrund gestellt, um die Erwerbslosenunterstützung abzutun.

Hansche-Berlin: In der Erwerbslosenunterstützung ist die Stellung des Redakteurs nicht objektiv gewesen. Der Nachruf für den verstorbenen Steinmehremeister Schilling durfte in dieser Form nicht erscheinen. Keinem andern Kollegen, der auch nur seine Pflicht tut, wird die Redaktion einen solchen Nachruf widmen.

Sinf-München: Der Zentralvorstand hätte zur Bauarbeiteraussperrung eine bestimmte Parole ausgeben müssen. Daß dies nicht geschehen ist, hat die Kollegen veranlaßt, sich schlechter an den Sammlungen zu beteiligen. Die Erfolge der Anstellung sind leider recht weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Es ist dies nicht auf die Gauleiter zurückzuführen, sondern liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Zur Erwerbslosenunterstützung ist die Stellung der Redaktion etwas einseitig gewesen. Die Meinung Andersgeinnter durfte nicht in der Art behandelt werden, wie dem Kollegen Arnold-Mannheim gegenüber.

Neumann-Hamburg: Mit der Redaktionshaltung sind wir einverstanden. Nur zum Verbandstag behandelt Staudinger alle Fragen, als wenn sie schon nach seinem Wunsch erledigt wären. Mit Anträgen werden wir den Zentralvorstand nicht mehr belästigen, sondern uns mit eigenen Mitteln zu helfen suchen.

Moosmüller-Strichhausen: Starke hat sich in seinem Ton erheblich gebessert. Bei Lohnbewegungen scheint er aber seine erste Aufgabe in der Einschüchterung der Kollegen zu sehen. Er solle nicht so viel auf die Unternehmer hören. Hätten wir auf Starke gehört, so hätten wir keinen Bezirksarife erhalten. Mit dem „Steinarbeiter“ sind wir zufrieden. Nur dürfen die religiösen Fragen nicht so in den Vordergrund gerückt werden. Wir müssen auf die Kollegen Rücksicht nehmen. Der Ton des Redakteurs verleidet den Kollegen die Mitarbeit an der Zeitung. Berechtigt ist das Verlangen der Granitarbeiter, im Zentralvorstand vertreten zu sein. Beucha ist die nächste Zahlstelle am Vorort und hat genügend geeignete Kräfte.

Schlegel-Beucha: Da die Gauleiter durch Kleinliche Arbeiten so viel in Anspruch genommen werden, muß darauf gesehen werden, daß zusammenliegende Zahlstellen verschmolzen werden, damit den Gauleitern mehr Gelegenheit zu agitatorischer Tätigkeit gegeben wird. Unterschlagungen von Verbandsgeldern sind bedauerlich. Der Zentralvorstand ist aber nicht ohne Schuld, wenn er einen Bezirksleiter, wie in Würzen, mit 1200 Mk. anstellt. Die Ablehnung der Notstandsunterstützung eines Beuchaer Kollegen war ungerecht, da dieser sich mit seinen fünf Kindern in der größten Notlage befand. Wichtig ist die Behandlung der Hilfsarbeiterfragen durch die Redaktion, denn erst wenn diese gelöst ist, kann an die Einführung der Erwerbslosenunterstützung gedacht werden.

Rothe-Bunzlau: Wenn die Erfolge der Gauleiter nicht befriedigende waren, so ist einmal die Ursache darin zu suchen, daß es so wenig opferwillige Kollegen gibt, die den Gauleiter unterstützen. Aber auch der Zentralvorstand hat mit seiner ewigen Bremserei allen Kollegen das Vertrauen zur Organi-

faktion genommen. Es ist jetzt so weit gekommen, daß die Unternehmern uns mit dem Zentralvorstand drohen, wenn wir in einen Konflikt geraten sind. Die Ueberlastung der Gauleiter ist nicht durch den Zentralvorstand verursacht, weil er ihnen so viel Kleinarbeit zuschiebt. Die Haltung der Redaktion ist nicht immer objektiv. Besonders müssen die Schlussbemerkungen unterlassen werden. Die Kollegen, die eine gegenteilige Meinung vertreten, können sich nicht verteidigen. Mit der Rassenführung sind wir einverstanden.

Müller-Striegau: Die Verbandstage wurden auf einen Monat später verlegt, um den Jahresbericht den Zahlstellen rechtzeitig vorher zustellen zu können. Dies ist wieder nicht geschehen. Die Versicherungsbeiträge der Gauleiter sind uns zu hoch. Entschieden bekämpft werden muß die unrechtmäßige Verwendung der Erwerbslosenmarken. Die unbefriedigenden Resultate der Gauleiter haben ihre Ursache, weil wir viel zu spät zu der Anstellung übergegangen sind.

Müller-Wildemann: Bei allen Lohnbewegungen ist die Hauptsache entschiedenes Auftreten, denn nur dann haben die Unternehmern Respekt. Dieser Faktor haben auch wir unsere Erfolge zu verdanken. Redner berichtet in längeren Ausführungen über die Lohnbewegung in Wildemann.

Walhart-Strasburg: Die Hauptsache unseres Stillstandes ist zweifellos die wirtschaftliche Lage. Aber auch das engherzige Verhalten des Zentralvorstandes trägt viel bei, den Kollegen die Lust und Liebe zur Organisation zu nehmen. Das Verhalten des Zentralvorstandes zur Bauarbeiterausperrung ist so unentschieden gewesen, so daß niemand eigentlich mußte, wie wir uns zu verhalten haben. Auch jetzt noch sind wir im Unklaren, wie wir uns als in Mitleidenschaft Gezogene zu den von der Generalkommission ausgeschriebenen Sammlungen verhalten sollen. Kollege Staudinger verdirbt allen Mitarbeitern durch seine spitzigen Bemerkungen die Lust zur weiteren Betätigung.

Sofmann-Selb: Der Bezirksrat im Fichtelgebirge war abgelaufen. Der Zentralvorstand wurde benachrichtigt, aber die Tarifkommission wurde vom Zentralvorstand verlassen. Wir hatten etliche Fingerzeige erwartet. Wir sind mit unserer Presse sehr zufrieden, aber für den Muschelfalk soll nicht solche Reklame gemacht werden, sonst sollen alle Fachsachen behandelt werden.

Fröhler-Floß: Wir haben schon ein Jahr ohne Tarif gearbeitet und sollen allem Anschein nach noch länger warten. Der Fragebogen des Zentralvorstandes macht uns für Dinge verantwortlich, für welche wir nicht können; auch sollen in Zukunft solche Briefe unterlassen werden, welche solche Erregung hervorrufen. Wir sind mit dem Redakteur einverstanden. Die Aufhebung des Kollegen Schönfeld muß ich scharf zurückweisen. Wer für die Interessen des Steinarbeiters eintritt, muß auch unterstützt werden, ja die Unterstützung noch verlängert werden.

Gauleiter Sarfert: Starke gab die Ursachen nicht genau an, weshalb wir keine rechten Fortschritte machen. Im 8. Gau kommen eine ganze Anzahl unglücklicher Umstände hinzu, im besonderen mehrere Unterschlagungen, welche einer Anzahl guter Zahlstellen das Leben gekostet. Wenn es auf Neben allein ankäme, so müßten in etlichen Gauen Tausende gewonnen werden. Auch sind in Süddeutschland andere ökonomische Verhältnisse, als in Norddeutschland; auch ist das Klassenbewußtsein in Süddeutschland nicht so ausgeprägt, wie in Norddeutschland. Die Grenzen sind mehr verschwommen. (Seidel-Dresden: Ihr habt doch dort die größten Scharfmacher!) Ja, aber auch dafür gibt es besondere Gründe. Unser Kassierer hat wieder den Rat gegeben, die kleineren Zahlstellen zu verschmelzen, aber unsere Kollegen sind von der Zweckmäßigkeit nicht so leicht zu überzeugen. Das läßt sich vom grünen Tisch aus sehr leicht sagen.

Barth-Strehlen: Wir müssen unsere Ausgaben im besonderen prüfen, besonders die Reisekosten. Auch die Agitationskosten sind zu groß. Unsere Gauen müssen in Bezirke zerlegt werden und die Bezirksführer müssen die Kleinarbeit leisten. Sie müssen auch die Vorarbeiten zur wirksamen Agitation machen, desgleichen die Mitglieder zur regelrechten Beitragsleistung anhalten. Ob unsere Gauleiter schon Hausagitation getrieben haben, bezweifle ich. Biemig hat in Kassel einen bedeutenden Vortrag gehalten, der doch mehr wirken müßte, als der Hallensche Komet. Aber trotzdem hat auch er Mitglieder in seinem Gau verloren. Die Kontrolle der Zahlstellen und Bücher muß besser werden.

Feser-Breslau: Wittenmeiers Voraussetzungen sind nicht eingetroffen. Die Gauleiter müssen ihre Vorstufen so erziehen, daß sie ihnen die Kleinarbeit abnehmen. Der Unfug mit den Erwerbslosenmarken muß von den Gauleitern besonders scharf bekämpft werden. Die Objektivität des Redakteurs hat ihre eigenartigen Seiten, desgleichen sind diese Briefkastenschriften zu unterlassen. Ueber die Calverischen Wirtschaftsberichte bin ich mit dem Redakteur einer Meinung. Wir müssen das Gute und Lehrreiche nehmen, wo wir es her bekommen können. Die Versicherungsbeiträge der besoldeten Gauleiter sind so unterschiedlich, daß ich Erklärungen erwarte.

Vorsitzender Starke: Ich muß mit der Legendenbildung über die Versicherungsbeiträge der Gauleiter aufräumen. Sie erhalten nur, was früher auf dem Verbandstage beschlossen ist.

Göpfert-Würzburg: Im Maintal, ebenso in Wallbühl und dem Muschelfalkgebiet war die Arbeitslosigkeit so groß, daß nur Erwerbslosenmarken geklebt werden konnten; andere Arbeit erhalten die Kollegen nicht, können sie auch in vielen Fällen nicht machen. Jetzt ist ja im Muschelfalkgebiet wieder etwas mehr Arbeit. Dem Redakteur muß das Verkürzungs-handwerk etwas gelegt werden.

Beyer-Demitz-Thumitz: Der Wunsch der Kollegen der Granitbranche ist doch berechtigt; warum sollen denn die Granitarbeiter von einem Posten im Zentralvorstand ausgeschlossen sein. Die Hilfsarbeiterfrage liegt in den ländlichen Bezirken anders, als in den Städten; Seidel kennt eben die ländlichen Verhältnisse nicht. Der Unfug mit den Erwerbslosenmarken liegt an den Zahlstellenleitungen, sie machen den Mißbrauch mit, das muß bekämpft werden.

Buhler-Erfurt: Wir müssen der Hilfsarbeiterfrage einmal ernstlich Beachtung schenken, aber Alibi-Mittel wird es auch nicht werden. Unsere Kollegen müssen sich eben mehr beschleichen, die Hilfsarbeiter besser zu behandeln, aber alle sind nicht zu gewinnen. Die Verschmelzungsfrage können wir nicht so ohne weiteres von der Hand weisen, die Aussperrung der Bauarbeiter ist ein Zeichen, das uns vorwärts treibt. Der Erwerbslosenmarkenunfug muß beseitigt werden. Insuperate dürfen nur mit Zustimmung der Zahlstelle aufgenommen werden, die Unternehmer mißbrauchen das und unsere Granitarbeiter fallen darauf hinein.

Müller-Wildemann verliest einen Brief des Zentralvorstandes, welcher große Erregung in der Zahlstelle hervorgerufen habe, und bemerkt, daß man damit keine Mitglieder erwirbt. Die Unternehmer haben die Situation so ausgenutzt, daß viele darunter noch leiden. Bezüglich der Presse müssen wir dem Redakteur etwas zugute halten, er soll es allen 17 000 Mitgliedern recht machen.

Spinnrats-Essen: Die Verhältnisse in den Städten haben sich in den letzten Jahren sehr verschoben. Unsere Gauleiter sind von unerschätzbarem Wert bei Lohnbewegungen und Verhandlungen. Wir haben eben zu lange mit der Anstellung gewartet. Die katholischen Geistlichen arbeiten mit allen Mitteln, um den freien Gewerkschaften Abbruch zu tun. Dem Redakteur kann ruhig mal der Kopf gewaschen werden, das hat auch sein Gutes.

Kalbfuß-Dürkheim: Die Kürzungen, welche der Redakteur vornimmt, müssen in Zukunft unterbleiben. Die Rundschreiben des Zentralvorstandes müssen vorsichtiger verfaßt werden. Wossmüller sagt, der Gauleiter hätte sich nur in der Hals aufgehängt, er ist aber auch öfter im Odenwald gewesen.

Koch-Erfurt: Der Vorstandsbericht ist von den Delegierten gut gelesen, wenn alle 17 000 Mitglieder desgleichen tun, dann wird es besser werden. Die Antipathie gegen den Zentralvorstand ist unter den Mitgliedern groß, die Gauleiter können das nicht aus der Welt schaffen. Die Zahlstelle Gotha war im Recht wegen der Annonce und der Sperre.

Zweiter Verhandlungstag.

Daubenthaler-Striegau: Der Mitgliederverlust in 1908 und 1909 hat seine Hauptursachen in der wirtschaftlichen Krise. Bei steigender Konjunktur wird auch der Mitgliederbestand sich wieder heben. Die kleinen Zahlstellen müssen mit größeren zusammengelegt werden. Der Nachruß für den Unternehmern Schilling war nicht so schlimm, weil er im Fachblatt erfolgte. Mit dem Geschäftsbericht sind wir im allgemeinen einverstanden.

Weindl-Kappelrodt: Wenn auch der Mitgliederbestand uns nicht voll befriedigt, dann muß aber anerkannt werden, daß die Gauleiter ihre volle Schuldigkeit getan haben. Die Krise hätte einen noch größeren Verlust an Mitgliedern bewirkt, wenn die Gauleiter nicht vorhanden wären. Er bemängelt dann das Sperrsystem der Schweizer Kollegen. Der Operaio muß pünktlicher geschickt werden.

Walther-Leipzig: Die Zahlkreiseinteilung ist sorgfältig erfolgt; auch für den 4. Gau trifft dies zu. Er wendet sich gegen die Auffassung des Verbandsvorstandes, daß der Zahlstelle Leipzig als „alte“ Zahlstelle ein Sonderrecht eingeräumt wird. Des weiteren bezieht er die Verhältnisse zwischen Zentralvorstand und Leipziger Ortsverwaltung. Die Ausschreibung einer Extrasteuer für die Bauarbeiter, die Kollege Link-München wünscht, wird eventuell kommen, sobald von unsern Kollegen eine große Anzahl direkt oder indirekt durch die Aussperrung betroffen wird. Den Abrechnungen ist größere Aufmerksamkeit zu widmen, desgleichen auch der Führung der Beitragsleistung. Das Verlangen der Leipziger Kollegen, daß die Mitglieder des Zentralvorstandes, die der Zahlstelle Leipzig angehören, die 10 Prozent Extrasteuer auch bezahlen sollen, war ungerecht, da der Zentralvorstand nicht für Leipzig allein angestellt ist.

Kauter-Dörsen: Mit der Tätigkeit der Zentralleitung bin ich soweit einverstanden. Redner empfiehlt den Antrag betreffs Berechnung der Seitenzahl des „Steinarbeiters“. **Menges-Frankfurt a. M.:** Der Bericht des Vorstandes befriedigt mich, nur habe ich eine Darstellung des Verbandsvorstandes über die Firma Arnold in Frankfurt a. M. dahin richtigzustellen, daß die Firma den Kollegen 5 Pfg. weniger zahlen wollte, als wie der Mindestlohn, der früher dort gezahlt wurde. Redner empfiehlt seinen Antrag auf Rückerstattung der Streikkosten, die die örtliche Kasse ausgelegt hat.

Knoll-Berlin: Ob der Beschluß des Gesamtvorstandes ein richtiger war, den Mitgliedern des Verbandes, die durch die Aussperrung arbeitslos wurden, gleich Unterstützung zu zahlen, kann man geteilter Meinung sein. Vielleicht wäre es richtiger gewesen, erst die Unterstützung, wie im Baugewerbe, mit dem Ablauf der zweiten Woche eintreten zu lassen. Des weiteren spricht er zur Verschmelzungsfrage. Kollege Starke scheint davon nicht sehr erant zu sein. Er empfiehlt eine Verschmelzung mit dem Steinseherverband, verkennt aber auch nicht die Schwierigkeiten der Verschmelzung, die in der Beitragsleistung und in den Unterstützungsleistungen der beiden Verbände liegen. Wenn über die Schreibweise des Fachblattes teilweise bezüglich einiger Artikel kritisiert wird, so darf doch nicht vergessen werden, daß auch der Redakteur das Recht hat, seine Meinung zu einzelnen Fragen zum Ausdruck zu bringen.

Vergbauer-Hemsbach: Für die italienischen Kollegen muß mehr in der Agitation geleistet werden. Redner empfiehlt, bei der Auswahl der Kollegen zur Teilnahme an den Unterrichtsfuren eine sorgfältige Auswahl vorzunehmen, damit der Nutzen derselben den Verbandsmitgliedern zustatten kommt. **Seidel-Nürnberg:** Der Geschäftsbericht gibt mir zu großen Beschwerden keinen Anlaß. Die Schreibweise des Fachblattes genügt mir, wenn auch einzelne Artikel etwas scharf waren.

Wittenmaier-Regensburg: Kollege Starke hat in seinem Tätigkeitsbericht die Agitation und die Schwierigkeiten derselben in den verschiedenen Gegenden Deutschlands geschildert. Des weiteren gibt er nun die Schwierigkeiten bekannt, die sich der Agitation entgegenstellen, besonders in den Gebieten von Bayern und am Rhein. Die Hausagitation kann leider von den Gauleitern wegen Mangel an Zeit nicht ausgeführt werden. Er wendet sich dann gegen die Ausführungen des Genossen Knoll. Die Verhandlungen dauern fort.

Der blamierte Herr Kumpf.

In eine recht fatale Lage kam Herr Kumpf aus Löbau am Mittwoch, 18. Mai, mit einem 7 Mann starken Trupp „markierter“ Streikbrecher aus dem Demitz-Thumitzer Granitgebiet. Am genannten Tage hatte sich Herr Kumpf selbst auf die Weine gemacht, um Streikbrecher zu werben; er hatte sich das Demitzer Granitgebiet zum Ziele gesetzt, glaubte er doch, dort am leichtesten sein unsauberes Handwerk betreiben zu können. Herr Kumpf war auch tatsächlich vom Glück begünstigt. Schon auf dem Wege vom Bahnhof traf er mit zwei durchreisenden Steinmengen zusammen, welche aber am Tage zuvor in Löbau gewesen und von der Situation unterrichtet waren, die er sofort für sich anzumerken suchte. Diese erklärten sich nicht nur bereit, mit nach Löbau zu fahren, sondern wollten auch noch einige Steinmengen aus den nahen Steinbrüchen zur Mitfahrt zu bewegen suchen. Damit war auch Herr Kumpf sofort einverstanden, denn er brauchte sich dann nicht selbst der Mühe unterziehen, Streikbrecher zu suchen und bestellte diese Leute zu einer bestimmten Stunde in eine von ihm bezeichnete Restauration. Es dauerte auch nicht lange, pilgerten die beiden Durchreisenden mit einer Anzahl Steinmengen dem von Herrn Kumpf bezeichneten Restaurant zu, wo er sich bald einstellte. Nach nicht allzulanger Zeit war auch der Handel abgeschlossen und 7 Mann für die Reise nach Löbau gewonnen. Für Herrn Kumpf galt es nun als selbstverständlich, für seine „Mausreißer“ die durch Trinken und Rauchen entstandene Zecher zu bezahlen. Trotzdem die beiden Reisenden nicht mit nach Löbau zurückzuführen, sondern ihre Weiterreise antraten, bezahlte auch Herr Kumpf für diese beiden zum 1. Mai, daß sie ihm „Streikbrecher“ zugeführt hätten, die Zecher. Damit aber nicht genug, auch der Hunger mußte gestillt werden, und so ging es unter Führung des Herrn Kumpf die Dorfstraße entlang nach dem Gasthof, wo für jeden seiner „Lieblinge“ ein kräftiges Mittagessen bestellt und auch für Trinken und Rauchen genügend gesorgt wurde. Mittlerweile hatte sich aber Herr Kumpf seinen Reiseplan zurecht gemacht, mit welchem er auch seine Leute vertraut machte. Er wollte unter allen Umständen vermeiden, am Tage nach Löbau und überhaupt auf dem Bahnhof in Löbau anzukommen, damit ihm seine Mausreißer von den Streikposten nicht wieder abgenommen werden konnten. Aus diesem Grunde war die Reise über Baugen nach Cunewalde geplant und von da ab mittels Geschirre nach Löbau; er bestellte von Demitz aus telephonisch Geschirre nach dem Bahnhof Cunewalde. Da nun aber noch einige Stunden Zeit waren, bevor die Reise abgehen konnte, wurde noch ein Ausflug nach dem nahen Klosterberg gemacht, wo der Nachmittagskaffee eingenommen wurde und von da aus ging es nach dem Bahnhof Demitz, um nach Löbau abzusenden. Hier hatten sich noch zwei andre Steinmengen eingefunden, um ihre Kollegen nach Löbau zu begleiten. Dieses war auch von Herrn Kumpf bemerkt worden; er ließ diese beiden nicht mehr aus den Augen, da er in ihnen Spione vermutete. In Baugen mußte umgestiegen werden, und da sagte Herr Kumpf, wenn diese beiden mit in den Zug nach Cunewalde einsteigen, reisen wir wieder aus und

fahren mit Automobil nach Löbau, was diesen „Streikbrechern“ sehr lieb gewesen wäre, hätten sie doch einmal in einem Automobil fahren können. Da dies aber nicht der Fall war, wurde die Reise nach Cunewalde angetreten, und Herr Kumpf gab seiner Freude Ausdruck, daß alles so gut geklappt hatte. Bei der Ankunft in Cunewalde war das Geschirre noch nicht anwesend, und so wurde nochmals Einkehr gehalten und Hunger und Durst gestillt. Auch war Herr Kumpf sehr besorgt um seine Leute, denn er gab telephonisch Anordnung, das Abendessen und die Betten bereit zu machen. Da aber der Einzug in Löbau unbedingt erst abends erfolgen sollte, war noch genügend Zeit vorhanden, und so wurde unterwegs nochmals eingekauft und diese Leute mit dem nötigen Bier und Zigarren versorgt. Vorsicht war aber auch bei Herrn Kumpf die Mutter der Weisheit, und deshalb erkundigte er sich nochmals telephonisch, ob bei seiner Fabrik alles in Ordnung und Ruhe vorhanden sei. Als ihm dieses versichert wurde, was ja ganz selbstverständlich war, da doch in Löbau niemand von diesem schlaun Plan etwas wissen konnte, strahlte sein Gesicht vor Freude und er sagte: „Das haben wir aber schlaun gemacht, die Leute wollen helle sein, aber hier haben wir ihnen ein Schnippen geschlagen, die sollen morgen früh die Augen aufmachen, wenn der ganze Betrieb im Gange sein wird. Nun mögen sie streiken, so lange sie wollen, wenn ich die Leute habe, dann geht es in meinem Betriebe.“ Dabei ließ er auch durchblicken, daß er Arbeit hat, die geliefert werden muß und deshalb notwendig Steinmengen braucht. Unterwegs wurde auch schon festgestellt, wie die verschiedenen Werkstücke verteilt werden sollten. Auch für den nächsten Sonntag wurde die nötige Fürsorge getroffen. Herr Kumpf sagte: „Ich habe einen großen Garten, da könnt Ihr ein Faß Bier trinken und wir spielen einen Skat dabei. Auch habt Ihr musikalische Unterhaltung, da auf der Wiese nebenan Konzert ist.“ Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten. Der Vertrauensmann der Zahlstelle Demitz-Thumitz war rechtzeitig davon in Kenntnis gesetzt und von dem Reiseplan des Herrn Kumpf genau informiert worden. Dieser hatte nichts eiligeres zu tun, als sofort nach Löbau zu fahren, um Herrn Kumpf mit seinen „Arbeitswilligen“ einen recht schönen Empfang vorzubereiten. Dieses mochte auch Herr Kumpf bei der Ankunft, welche gegen 1/2 Uhr erfolgte, sofort durchschaut haben, als er die große Menschenmenge kurz vor seiner Fabrik erblickte, denn er ließ im schnellsten Tempo den ziemlich steilen Berg hinauf fahren, damit ihm ja keines seiner getreuen Schächten entzogen werden konnte. Trotzdem aber gelang es Herrn Kumpf nicht, auch nur einen dieser „Mausreißer“ mit nach seiner Fabrik zu bringen. Diese hatten es satt, noch länger Streikbrecher zu markieren und verließen, mit lautem Jubel begrüßt, die Wagen, noch ehe diese zum Halten gebracht werden konnten. Nachdem sie Herrn Kumpf den Dank abgestattet hatten, fuhr dieser mit den beiden Geschirren seiner Fabrik zu, wie ein betäubter Lohgerber, dem die Nulle fortgeschwommen sind, zum größten Gaudium und unter Begeleitung der Löbauer Kollegen traten die „Pseudo-Streikbrecher“ (Mitglieder unfres Verbandes) den Rückweg nach dem Bahnhof an, um mit dem nächsten Zuge wieder nach Hause abzudampfen. Die noch in ihrem Besitz befindlichen Zigarren, die Herr Kumpf in so reichlichem Maße gespendet hatte, wurden unter seine streikenden Arbeiter verteilt, welche sie mit dem größten Vergnügen rauchten. Würde Herr Kumpf seinen eignen Arbeitern nicht die Einführung geregelter Lohn- und Arbeitsbedingungen verweigern, hätte er es nicht notwendig, sich dem Gespött der Leute auszusetzen und derartige nutzlose Geldausgaben zu machen, welche an diesem Tage mindestens 60 bis 70 Mark betragen haben. P.

Zur Aussperrung der Bauarbeiter.

Die Bedeutung des Kampfes im Baugewerbe liegt nicht allein in seiner Größe, auch nicht allein in der Tatsache, daß er auf beiden Seiten von kampferprobten und gefestigtesten Organisationen geführt wird. Gewiß tragen beide Umstände mit dazu bei, die Aufmerksamkeit der Arbeiterwelt in sehr großem Umfange auf ihn zu lenken; aber seine überragende Bedeutung liegt doch nicht hier, sondern vornehmlich in seiner Stellung in der Entwicklung der Arbeitskämpfe und in der hier besonders augenfällig werdenden Tendenz der modernen Unternehmerorganisationen.

Ueber den Umfang des Kampfes kann heute kein Streit mehr bestehen. Die Gewerkschaften haben 130 000 Ausgesperrte nachgewiesen; aber man mag ruhig zugeben, daß außerdem ein Teil unorganisierter Arbeiter ausgesperrt worden ist, dessen zahlenmäßige Bestimmung den Gewerkschaften nicht gelang. Wenn man in Berücksichtigung dessen die Gesamtzahl aller Ausgesperrten mit 150 000 ansetzt, so dürfte man nicht zu wenig geschätzt haben. Einhundertfünfzigtausend Arbeiter ausgesperrt! So wenig das nach den großprecherischen Ankündigungen der Unternehmerorganisation ist, es bleibt doch eine gewaltige Zahl. Man muß bedenken, daß es sich hier nicht um das wilde Aufbäumen einer disziplin- und zusammenhanglosen Masse handelt, sondern um einen Kampf, der von beiden Seiten lange vorher ins Auge gefaßt worden war. Die Unternehmer hatten ihn seit Jahren geplant, und die Arbeiter hatten ihn ebenso lange mit fast absoluter Gewisheit herankommen sehen. Nicht aus der Hurra Stimmung einer begeisterten Stunde, sondern aus langen, öfteren und gründlichen Erwägungen ist dieser Kampf geboren. Und darum ist sein Umfang so außerordentlich; denn ein Kampf wie dieser, so planvoll vorbereitet, kann nicht in wenigen Wochen abgebrochen werden, wenn nicht die Partei, auf deren Kosten er abgebrochen wird, ihr Renommee einbüßen will. Die Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer im Baugewerbe kämpfen im Lichte einer achtunggebietenden Vergangenheit für ihre, nein um ihre Zukunft. Darum mußte es ein schweres, opfervolles Ringen werden. Denn beide Teile sind mit Recht von dem Bewußtsein erfüllt, daß sie einen Entscheidungskampf schlagen.

„Von heute und hieran wird eine neue Epoche der Arbeitskämpfe beginnen“, so könnte man Goethes Wort variieren, das er am Tage von Valmy sprach.

Gewiß liegt die Augenblicksbedeutung des Baukriegs in seiner Größe und in der Wahrscheinlichkeit, daß er sehr lange in dieser Größe andauern wird. Aber diese beiden Momente führen uns zurück auf den Untergrund des ganzen Konflikts. Wir müssen den Kampf der Bauarbeiter vom Standpunkte der Entwicklung der Arbeitskämpfe betrachten. Die herrschende Tendenz in dieser Entwicklung ist zweifellos auf die Vergrößerung der Arbeitskämpfe gerichtet. Sie ergibt sich aus unabänderlichen Verhältnissen. In dem Maße, wie das Erwachen des Zusammenhörigkeitsgefühls auf beiden Seiten starke Organisationen schuf, in dem gleichen Maße mußten und müssen sich die Kämpfe notwendig vergrößern. Immer größere Massen wurden in den Kampf geführt, immer breiter wurde die Grundlage des Kampfes. Bei der Unternehmerorganisation ist das Streben auf Vergrößerung der Kämpfe von vornherein

gegeben: je größer ein Kampf, um so größer die Opfer der Arbeiter, um so höher die Belastung der Gewerkschaften und infolgedessen um so schwächer ihre Widerstandskraft. Bei den Unternehmern wachsen die Opfer nicht in dem Maße mit dem Umfange des Kampfes wie bei den Arbeitern. Aus dieser Tatsache heraus erwuchs das Bestreben der Unternehmerorganisation, den Kämpfen eine möglichst große Ausdehnung zu geben, und das Wachstum der Gewerkschaften eröffnete der Verwirklichung der Unternehmerabsichten immer weitere Möglichkeiten.

Zu dieser ganz natürlichen, weil auf den Klassengegensätzen beruhenden Entwicklung trat das Tarifvertragswesen, das erst von den Bauunternehmern mißtrauisch zurückgewiesen, dann aber stürmisch akzeptiert wurde, weil es die Möglichkeit bot, durch einheitlichen Abschluß aller Tarife, oder noch besser durch die Zusammenfassung aller Tarife zu einem Reichstarif der stärksten Vergrößerung der Arbeitskräfte eine sichere Grundlage zu geben. Es hilft hier kein Streiten dieser Unternehmer: sie sind lediglich aus diesen Beweggründen Freunde des Tarifvertrags und besonders des Reichstarfs geworden. Sie können diese Tatsache bestritten, aber sie können sie nicht aus der Welt schaffen. Aber eben darum qualifiziert sich ihr kategorisches Verlangen nach Abschluß eines (Reichs-) Zentraltarifs als ein plump-gewaltsamer, störender Eingriff in die natürliche Entwicklung des Tarifvertragswesens. Die Bauunternehmer brauchen wirklich den Arbeitern nicht, erst zu sagen, daß auch das Tarifwesen nach Zusammenfassung kleinerer Tarifgebiete zu größeren drängt und daß diese Entwicklung einmal in Reichstärken münden wird. Das konnten sie schon seit Jahren in der Arbeiterpresse lesen. Kommt diese Form des Tarifvertrags als die natürliche Konsequenz der tariflichen und gewerblichen Entwicklung, so werden sich die Arbeiterorganisationen damit abfinden, und sie werden das dann auch können. Aber hier in diesem Kampfe handelt es sich um etwas ganz anderes; die Forderung der Unternehmer ist nicht das Gebot der Entwicklung, sondern eine Spekulation, den Arbeitern durch den Zentralvertrag die Möglichkeit zu nehmen, ihre soziale Lage weiter zu verbessern. Darum wehren sich die Arbeiter dagegen. Sie wissen, daß bei dem heutigen Stande der Organisationen im Baugewerbe der Zentralvertrag den Unternehmern die Uebermacht im Interessenkampfe gibt, die jeden Tarifvertrag, der diesen Namen verdient, d. h. der auf der Gleichberechtigung beider Teile beruht, ausschließt. Was die Unternehmer wollen, ist keine Fortentwicklung des Tarifvertrags zu höheren Formen, sondern ist dessen Vernichtung; der Tarifvertrag soll durch die gewerkschaftlich sanktionierte Willkür der Unternehmer ersetzt werden.

Dies Streben der Unternehmer gibt dem Bauvertrage eine Bedeutung, die weit über das Baugewerbe hinausgreift. Was sich jetzt im Baugewerbe abspielt, kann sich in andern Gewerben, in denen der Tarifvertrag Eingang gefunden hat, wiederholen. Wie die Bauunternehmer, so werden auch die Unternehmer anderer Gewerbe danach trachten, durch Vergrößerung der Kämpfe den sozialen Fortschritt zu hemmen, und sie werden sich dazu ebenso wie die Bauunternehmer des Tarifvertrags bedienen wollen. Gelänge es den Bauunternehmern, ihre Absicht durchzusetzen, so wäre die Widerstandskraft der Arbeiter anderer Gewerbe gegen gleichlaufende Pläne ihrer Unternehmer von vornherein geschwächt. Das bedarf nicht erst des Beweises. Wir sehen also in dem Kampfe der Bauarbeiter ein Vorspiel der künftigen Kämpfe. Das sollte für die Arbeiter aller Berufe Veranlassung genug sein, sich hier auf den Standpunkt zu stellen: Es handelt sich um unsere eigene Sache! Der Kampf der Bauarbeiter muß der Kampf der gesamten Arbeiterschaft sein. So wie sich auf der Seite der Bauunternehmer das gesamte reaktionäre Unternehmertum zusammenfindet, um diesem Schlage gegen den Vormarsch der Arbeiter die vernichtende Wirkung zu sichern, so muß sich die gesamte Arbeiterschaft um die Bauarbeiter scharen, nicht nur mit Sympathieresolutionen, sondern in tatkräftiger Solidarität!

Was diesem Kampfe außer dem Angriff auf die Zukunft des Tarifvertrags seine Bedeutung gibt, ist der Angriff auf die Gleichberechtigung der Arbeiter im Tarifvertrag. Er findet in den Forderungen der Unternehmer zur Affordarbeit, zum Arbeitsnachweis usw. seinen Ausdruck. Diese Forderungen — die wir verschiedentlich besprochen haben — charakterisieren sich als eine unerhörte Anmaßung unverfälschten Scharfmachertums. Sie sind um so unerhörter, als die Gleichberechtigung der Arbeiter im Tarifvertrag gerade im Baugewerbe seit dem Aufkommen des Tarifvertragswesens unangefochten bestand. Seit länger als zehn Jahren hat man sie als selbstverständlich hingenommen, und nun plötzlich dieser flagranten Vorstoß!

Auch das hat seine Ursachen. Man darf das schnelle Wachstum der Tarifverträge im Baugewerbe nicht außer Betracht lassen. Dies Wachstum war eben nicht immer normal und gesund. Oft wurden Tarifverträge für Gebiete vereinbart, in denen noch sehr wichtige Vorbedingungen dafür fehlten. Manche Einigungsämter waren die reinen Tariffabriken. In solchen Gebieten sind die Tarifverträge und ist mit ihnen der Grundsatz der Gleichberechtigung nichts Bodenwüchsiges, sondern künstlich aufgepfropftes Gewächs. Die reale Grundlage der Gleichberechtigung, die gegenseitig geachtete Macht, fehlte dort, und dieser Umstand ließ den Vorstoß gegen die Gleichberechtigung, der durchaus nicht zufällig aus dem Westen und Süden kam, überhaupt erst möglich werden. Von erheblichem Einflusse war dabei die reaktionäre Welle, die als eine Folge des Wachstums der Unternehmerverbände und des wirtschaftlichen Niedergangs des Scharfmachertums zum Angriff auf die Positionen der Arbeiter treibt. Gewiß spielt auch noch manch anderer Umstand eine nicht unerhebliche Rolle dabei, wie z. B. die Furcht der Großindustriellen vor dem Fortschritt in den Lohn- und Arbeitsbedingungen der baugewerblichen Arbeiter und manches andre. Aber von entscheidendem Einflusse war und ist der Uebermut des Unternehmertums, hervorgerufen durch das Wachstum seiner Verbände und durch die schwere Krise, die die Widerstandskraft der Arbeiter sehr schwächte. Auch diese reaktionäre Welle beschränkt sich nicht auf das Baugewerbe. Gelingt es ihr, die Dämme der Bauarbeiterorganisationen zu überfluten und zu durchbrechen, so wird sie auch weiterbrausen.

Auch daraus ergibt sich für die Gesamtarbeiterschaft

die zwingende Veranlassung, zu einer ihrer tapfersten Truppen zu stehen und durch weitgehenden Opferfinn der Freiheit der Arbeit und dem sozialen Fortschritt den Sieg erringen zu helfen. (Leipziger Volkszeitung.)

Ueber die neuen Vermittlungsversuche der Regierung weiß die bürgerliche Presse bereits allerhand Einzelheiten zu berichten. Sie prophezeit den neuen Verhandlungen schon einen Erfolg, läßt die Namen der für die unparteiische Kommission bestimmten Herren aufmarschieren, als die von den Arbeitern gewünscht Geheimrat Dr. Wiedfeldt, Magistratsrat v. Schulz und Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner genannt werden. Von den Unternehmern soll Oberbürgermeister Beutler vorgeschlagen worden sein. Am Freitag und Sonnabend sollen die Verhandlungen stattfinden, und schließlich weiß sie schon, daß der Maurerverband sieben, der Zimmerverband drei Vertreter entsenden wird usw.

Alle diese Meldungen sind in der Hauptsache Kombinationen, was am besten daraus ersichtlich ist, daß Einladungen an die Zentralverbände zu Verhandlungen immer noch nicht ergangen sind. Tatsache ist einseitig nur, daß Geheimrat Dr. Wiedfeldt sich bemüht, neue Verhandlungen zustande zu bringen. Gänzlich verfehlt aber sind vorläufig irgendwelche Hoffnungen auf einen Erfolg der neuen Verhandlungen. Für den Kenner der Situation sind solche Erwartungen an die neuen Verhandlungen durchaus nicht zu knüpfen. Eine Einigung ist doch nur möglich, wenn die Unternehmer von ihren unverständlichen Forderungen ablassen. Ob sie das tun werden, muß bezweifelt werden. Wie aber die Zentralverbände darüber denken, das sagt kurz und bündig der Schluß eines Leitartikels, den der Grundstein, das Verbandsorgan des Maurerverbands, in seiner letzten Nummer brachte und der sich schon mit den Vermittlungsversuchen befaßte. Es heißt in dem Artikel:

Wir möchten aber gleich im Anschluß an diese Mitteilung davon abraten, an die Verhandlungen irgendwelche Erwartungen zu knüpfen. Zunächst ist es noch sehr ungewiß, ob es überhaupt zu Verhandlungen kommt; denn selbst wenn der Bundesvorstand dazu bereit ist, so ist es noch zweifelhaft, ob sein Auftraggeber, der „Kartellauschuß“ der großindustriellen Scharfmacherverbände, zustimmt. Gibt der Kartellauschuß die Erlaubnis, so darf der Arbeitgeberbund verhandeln, gibt er sie nicht, so wird aus den Verhandlungen eben nichts. Die Bauunternehmer müssen nun schon, nachdem sie sich den Scharfmachern verkauft haben, auf deren Weisung hören. Aber selbst wenn es zu Verhandlungen der Zentralverbände kommen sollte, so wären dadurch doch keinerlei Friedenshoffnungen gerechtfertigt. Sielten die Unternehmer für solche Verhandlungen die Dresdner Beschlüsse aufrecht, so wäre es wirklich um das Reifegeld schade, das man für die Teilnahme an den Verhandlungen ausgäbe. Denn wer etwa glaubt, die Arbeiterorganisationen wären durch die Ausperrung mürbe genug geworden, um ihre Gleichberechtigung preiszugeben, der irrte sich gründlich. Sie denken gar nicht daran, es jemals zu tun. Die Dresdner Beschlüsse sind, so wie sie der Arbeitgeberbund meint, heute und in aller Zukunft so unannehmbar wie vor der Ausperrung. Die Arbeiterorganisationen verharren ihnen gegenüber in unerschütterlicher Ablehnung.

Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Die 14. Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose wurde in Berlin im Herrenhaus-Sitzungssaal von dem Vorsitzenden Staatssekretär Delbrück geleitet. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß die Tuberkulose zwar unter den Erwachsenen abgenommen hat, aber nicht unter den Kindern. Das Hauptreferat erstattete Landeswohnungsinpektor Greshel-Darmstadt über Tuberkulose und Wohnungsfrage. Er führte u. a. aus, daß die Tuberkulose eine Wohnkrankheit insofern ist, als das Zusammenleben vieler Menschen in engem Raum vielfach infolge der gesundheitlich schlechten Beschaffenheit der Wohnungen zur Verbreitung der Krankheit am meisten beiträgt. In Berlin z. B., von welchem ein lokalpatriotischer Bürger vor kurzem noch die Behauptung aufstellte, es sei in bezug auf Wohnungen die bestversorgte Großstadt, besteht die Hälfte aller Wohnungen, 197 000, in denen etwa die Hälfte der gesamten Bevölkerung wohnt, nur aus einer Stube mit Küche. 33 000 Wohnungen haben nur ein heizbares Zimmer, 2400 Wohnungen überhaupt kein heizbares Zimmer und 4086 Wohnungen bestehen lediglich aus einer Küche, in der bis zu 12 Personen wohnen. Ähnlich sind auch die Wohnungsverhältnisse in allen andern Großstädten. Aber auch auf dem Lande steht es durchaus nicht besser aus. In Hessen ist eine Untersuchung gerade auch für das Land gemacht, und es hat sich ergeben, daß 4500 Wohnungen aus einem einzigen Raum ohne jeden Nebenraum bestehen. 1800 dieser Wohnungen beherbergen mehr als 3 Personen, 260 mehr als 6 Personen. Aus zwei Räumen mit Küche bestehen 14 000 Wohnungen, wovon 800 auch mehr als 7 Personen beherbergen. 3 Räume haben 23 000 Wohnungen, wobei in 300 Wohnungen mehr als 8 Personen bis herauf zu 15 Personen hausen. Dringend zu fordern ist daher eine gute Wohnungsinspektion. Die Hauptsache ist aber die Bereitstellung von preiswerten, guten und gesunden Wohnungen für minderbemittelte Volkskreise in Stadt und Land. Dringend zu fordern ist, daß auf gesetlichem Wege hier eingeschritten wird, nicht nur aus gesundheitlichen, sondern auch aus nationalen, sittlichen und wirtschaftlichen Gründen. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion stimmten viele Ärzte dem Redner zu. Geheimer Medizinalrat Kirchner vom Kultusministerium erwiderte jedoch, diese Wohnungsreform würde zu teuer werden, worauf der Referent erwiderte, daß dann eben die Bekämpfung der Tuberkulose ausichtslos sei. Ohne Beschluß ging man auseinander.

Verbandstag der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine.

In der Reichshauptstadt findet jetzt der 17. Verbandstag der Gewerkvereine statt. Er begann mit einer Lobeshymne des bekannten freisinnigen Berliner Stadtverordneten Goldschmidt auf die Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsbewegung. Nachdem auf die „von der Presse genügend gewürdigten Beschlüsse des vorigen Verbandstags“ hingewiesen worden war, erhielt „ein Teil der sozialdemokratischen Presse, auch der Vorwärts, eine leidliche Genusur. Sodann wies der „Mann“ der Duxerianer, Herr Goldschmidt, darauf hin, daß der sozialdemokratische Branntweinbott eigentlich auf Anregung der Gewerkvereine durchgeführt worden sei. Sein Schlußwort klang darin aus, daß die deutschen Arbeiter sich ausgerechnet durch Gompers über die Not-

wendigkeit und Rüstigkeit der strikten Fernhaltung von politischen und religiösen Fragen aus der Gewerkschaftsbewegung belehren lassen sollten. Dafür wurde ihm am zweiten Kongreßtag durch einen Vertreter der Maschinenbauer und Metallarbeiter die gebührende Antwort, die auch von andern lebhaft unterstützt wurden. Goldschmidt hatte auch davon gesprochen, daß die liberalen Parteien in Zukunft hoffentlich mehr der gerechten Forderungen der Arbeiter annehmen werden. Der schon genannte Metallarbeiter antwortete darauf kurz und entschieden, er gebe auf liberale Parteien nichts mehr. Diese Empfindung kam auch darin zum Ausdruck, daß vom Verbandstage eine bessere Vertretung der Gewerkvereine in den Parlamenten gefordert wurde. Goldschmidt klagte dazu, daß er bei der Aufstellung der freisinnigen Landtagskandidaturen einen von vornherein ausschließlichen Wahlkreis erhalten habe. So werden hunderttausend Gewerkvereiner durch den sogenannten Freisinn behandelt. Außerdem sprach man bis jetzt noch über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis, die Reform des Arbeitsrechts, und die Neuregelung des Koalitionsrechts, zu dem vorletzten genannten Punkte wurde eine Resolution angenommen, die sich darin ausdrückt, daß in der Forderung der Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus dem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis das wichtigste Prinzip für die gesamte Tätigkeit der Gewerkvereine erblickt wird.

Auf dem Kongreß ist sehr viel über das erfreuliche Wachstum der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine gesprochen worden, in nachfolgendem geben wir eine Zusammenstellung der Mitgliederziffern für Ende 1908 und Ende 1909, sie zeigen, daß die Freude ein bißel stark ausgefallen ist.

Gewerkvereine	Zahl der Mitglieder Ende 1908	Ende 1909
Metallarbeiter	37 976	37 647
Deutsche Kaufleute	18 173	18 300
Schuhmacher und Lederarbeiter	5 250	5 020
Schneider	4 473	4 616
Töpfer, Ziegler	1 725	1 525
Deutsche Frauen	698	683
Bergarbeiter	2 064	2 405
Ronditoren	187	112
Brauer	1 021	970
Gemeindearbeiter	1 189	1 344
Eisenbahner	120	1 100
Handelshilfsarbeiter	164	?
Maschinisten	?	57
Fabrik- und Handarbeiter	15 256	15 597
Polzarbeiter	5 465	5 322
Textilarbeiter	6 381	7 036
Graphische Berufe	1 708	1 339
Bauhandwerker	768	880
Tabakarbeiter	1 900	2 050
Bildhauer	316	275
Schiffszimmerer	343	295
Reepschläger	43	42
Steinarbeiter	137	200
Gärtner	70	?
Selbständige Berufe	131	?
Ortsvereine ohne Bericht für 1909	—	763

Die Gesamtziffern lauten für 1908 auf 105 558, für 1909 auf 108 028 Mitglieder. Ist eine Zunahme von 2395. Dem Wachstum einiger weniger Gewerkvereine steht das völlige Bedeutungsloswerden einer ganzen Anzahl anderer gegenüber.

Entgegnung.

Der Kollege Wilhelm Schneider in Alt-Barthau kritisiert in der Nr. 20 des „Steinarbeiter“ einige Ausführungen im Bericht des Gauleiters vom 2. Gau, Jahresbericht 1909, und macht dabei Bemerkungen, die einerseits unrichtig sind, andererseits aber auch beweisen, daß Kollege Schneider diese Ausführungen nicht begriffen hat.

Personlich will ich dem Kollegen Schneider bemerken, daß die einfache Feststellung einer Tatsache nicht als Anrempelung qualifiziert werden kann, ganz besonders dann nicht, wenn diese Feststellung gemacht wird, um vorhandene Mißstände zu beheben. Anstatt die Berechtigung einer solchen Kritik anzuerkennen, wirft Kollege Schneider die völlig unbegründete Frage auf: „Wie kommt Daubenthaler dazu, für den Streik in Striegau eine „eigenmächtige“ Sammlung zu veranstalten?“ Weber von mir noch von jemand anders ist während des Streiks für die Striegauer Kollegen eine Sammlung veranstaltet worden. Das werden mir die Bunzlauer und alle Kollegen in jenen Zählstellen bestätigen, wo freiwillig für die Striegauer Kollegen eine kleine Unterstützung gegeben wurde. Nicht aus Zwang leisteten diese Zählstellen Unterstützungen, sondern aus der einfachen Erkenntnis heraus, daß Leute, die eine so lange Zeit auf die statutenmäßige Streikunterstützung von 10.50 Mk. angewiesen sind, nach und nach aller Existenzmittel entblößt werden und verarmen.

Meine Ausführungen sollten nur bezwecken, trotz der großen Zuneigung zu unsern ausländischen Arbeitsbrüdern, die eignen Berufskollegen nicht zu vergessen. Wenn es mir gelungen wäre, nur einen kleinen Teil der internationalen Opferwilligkeit unfrer Barthauer Kollegen gegebenenfalls für die nationalen Arbeitsbrüder und Berufsgenossen mobil zu machen, so hätten meine Ausführungen ihren Zweck erfüllt. Doch ich habe nur schwache Hoffnung. Wahr bleibt deshalb aber doch unser gutes altes deutsches Sprichwort, daß uns das Hemd näher liegt als der Rock. Vielleicht hat es der Kollege Schneider jetzt begriffen. Striegau. R. Daubenthaler.

Korrespondenzen.

Berlin. Der Kampf mit der faßsam bekannten Kunststeinfirma Gebr. Friesede um die Anerkennung unsres Tarifs währt nun die dritte Woche. Die Streikenden stehen, soweit sie nicht anderweitig Beschäftigung angenommen haben, fest. Verhindert konnte leider nicht werden, daß sich einige Unorganisierte zu den schon vorhanden gewesenen Streikbrechern hinzugesellt haben. Dennoch sind die Aussichten für uns keine schlechten, wenn es uns gelingt, weiteren Zugang fernzuhalten. Herr Friesede hat sich unter die Fittiche des Verbands der Baugeschäfte gelüftet, als dessen Mitglied er sich nicht scheut, für seinen Betrieb tüchtige unorganisierte Steinmehner zu suchen. So sieht die Gleichberechtigung des Herrn Friesede aus. Alle Rechte auf Seiten des kapitalkräftigen Unternehmers, alle Pflichten für die rechtlosen Arbeiter. Und dabei wird von Herrn Friesede nichts weiter verlangt, als die Anerkennung des mit dem Verband der Steinmehrgeschäfte abgeschlossenen Tarifs, der andre Kunststeinfirmen schon seit Jahren ebenfalls zu dem ihrigen gemacht haben. Charakteristisch bei der ganzen Sache ist, daß der Verband der Baugeschäfte, dem der Verband der Steinmehrgeschäfte im Kartell angeschlossen ist, die Firma Friesede nicht ohne weiteres verpflichtet, die tariflichen Bestimmungen des Bruderverbands zu respektieren.

Demitz-Thumitz. Am Montag, den 16. Mai, tagte im Gasthof Neuen-Schmölln eine Mitgliederversammlung. Genosse Bergmann-Bischofswerda referierte über: „Die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle“. In recht eingehender und leichtverständlicher Weise führte Redner den Anwesenden vor Augen, was für wichtige Aufgaben die Gewerkschaftskartelle zu erfüllen haben, und welche Vorteile den einzelnen Gewerkschaften durch einen Zusammenschluß in ein Kartell entstehen. In der sich daran anschließenden Debatte versuchten mehrere Kollegen, die Ausführungen des Referenten zu widerlegen, um einen Anschluß unserer Zählstelle an das Gewerkschaftskartell zu verhindern. Trotzdem aber hatte sich der größte Teil der anwesen-

den Kollegen durch die recht geschickten Ausführungen des Genossen Bergmann überzeugt, daß der Anschlag für unsere Zahlstelle nicht zum Schaden ist, und so wurde dieser in geheimer Abstimmung gegen 10 Stimmen zur Tatfache. Als Delegierte wurden gewählt die Kollegen Paul Meyer, Jakob Schlager, Georg Mühlbacher, Joseph Miedl, Ernst Reichelt und Gustav Rittner. Abdann wurde vom Kollegen Purtsche die Abrechnung vom 1. Quartal bekannt gegeben. Die Einnahme inklusive Rassenbestand betrug 4695.22 Mk., und die Ausgabe 2142.61 Mk., verbleibt ein Rassenbestand von 2552.61 Mk. Da Bücher und Kasse von den Revisoren in bester Ordnung gefunden wurden, wurde Kollege Purtsche entlastet. Ein Antrag der Ortsverwaltung, das Ortsgeheimnis von 75 Pfg. auf 50 Pfg. herabzusetzen, wurde abgelehnt. Dem Kollegen Purtsche wurden 25 Mk. Umzugskosten bewilligt. Vom Vorsitzenden wurde festgestellt, daß im Jahresbericht auf Seite 4 ein Druckfehler enthalten ist. Die Zahlstelle Demitz-Thumitz hat im 4. Quartal nicht 337, sondern 373 Mitglieder gehabt. Abdann ging Kollege Purtsche auf die Bauarbeiterausperrung ein. Es wurde beschlossen, sofort 50 Mk. aus der Kasse abzugeben und dann Sammelkassen herauszugeben. Scharf verurteilt wurde das Verhalten der Kollegen Alois Godermeyer, Hans Geier, Albert Fiedler, August Steinkeller, Ignaz Braml und Ruppert Meier, welche nach Hinterlassung bedeutender Schulden hier abgereist sind, sowie des Kollegen Albert Groß, welcher es nicht für notwendig befunden hatte, sein Buch in Ordnung zu machen und mitzunehmen. Ein derartiges Verhalten trägt nur dazu bei, unsere Zahlstelle in Mißkredit zu bringen. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende die Kartelldelegierten, ihr Mandat in zufriedenstellender Weise auszuüben.

Hamburg II. Marmorarbeiter. In der Versammlung am 19. Mai meldete sich zur Aufnahme ein Audkollege (Dude), aber nicht aus Liebe zur Organisation, sondern weil er aus der Werkstelle, in der er auf Lebensstellung rechnete, herausflog, und jetzt mit organisierten Kollegen zusammenarbeiten will, er wurde nicht aufgenommen. Betreffs Unterfertigung der ausgesperrten Bauarbeiter wurde ein Antrag des Vorstandes angenommen, es haben Marmorhauer 75 Pfg. und Schleifer 50 Pfg. pro Woche abzuführen. Dieses tritt am Sonnabend, den 21. Mai in Kraft. Verschiedene Redner waren für höhere Abgaben, es mußten aber die Verhältnisse der Allgemeinheit in Betracht gezogen werden, damit auch jeder Kollege seinen Verpflichtungen nachzukommen imstande ist, jedem ist es selbstverständlich freigestellt, mehr abzuführen als beschlossen ist. Da der Kampf einen großen Umfang angenommen hat, wird hoffentlich die Mehrheit der Kollegen dieses Minimum überschreiten und ihr Bruderherz zeigen, auch den Schaufmachern, die mit allen Mitteln versuchen, die Rassen der Arbeiterorganisation zu sprengen. Kollege Melchior legte sein Amt als 1. Vorsitzender aus Gesundheitsrücksichten nieder, neugewählt wurde Kollege J. Wehmann einstimmig.

St. Johann. In der am 18. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde über den gegenwärtigen Stand des Streiks bei Bürger jr. debattiert, und wurde von den anwesenden Kollegen bedauert, daß sich zwei Mann aus unsern Reihen als Arbeitswillige hergegeben haben. Es ist dies der Schmied Wallad und der Schleifer Franz Beder. Ersterer aus Baumholder, letzterer aus Kaiserlautern. Des weiteren wurde sich aufgehalten über die früheren Kollegen Weitel und Schnabel, die jetzt Poliere sind und zugleich Arbeitswillige anwerben. Bisher ist ein Steinmetz Namens Günther aus Böhmen gekommen. Von uns sind jetzt sämtliche abgereist und können wir dem weiteren Verlauf ruhig entgegensehen, und hoffen, daß Bürger jr. die Augen bald aufgehen; denn, wenn er wüßte, wie er von seinen Lieblingen beschummelt wird, würde er wohl eine andere Meinung bekommen.

Offenburg. Am 8. Mai tagte im Gasthaus zum Anker eine Steinarbeiterversammlung. Dieselbe hätte besser besucht sein können. Der Kassierer erstattete Bericht vom 1. Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Beim Platzbericht wurden verschiedene Mißstände kritisiert. Wegen rückständigen Beiträgen mußten zwei Kollegen gestrichen werden (Konstanzer und Wagner). Ersterer erklärte, er wolle überhaupt nichts mehr wissen vom Verband. Er wird noch mal froh sein, wenn er noch im Verbands wäre. Neu aufgenommen wurden zwei Kollegen. Die Kollegialität läßt hier noch viel zu wünschen übrig, und doch tut uns Einigkeit bitter not. Die Löhne sind recht schlecht, dabei muß sehr viel gewuchtet werden. Der Vorsitzende richtete anfeuernde Worte an die Anwesenden. Die Versammlung nahm einen harmonischen Verlauf.

Reinheim. In der am 10. Mai stattgefundenen Monatsversammlung erstattete die Lohnkommission einen ausführlichen Bericht über die abgeschlossene Lohnbewegung bei der Firma Frohmann. Dem Ausschuss der Grubmalerei war der abgelaufene Vertrag nicht gewachsen. Dieserhalb haben sich die Kollegen genötigt, einen auf einer breiteren Grundlage aufgestellten Tarif neben einigen Lohnerhöhungen vorzulegen. Nach mehreren Verhandlungen kam denn auch eine Einigung zustande. Wenn auch nicht alles nach unserm Wunsch erzielt werden konnte, aber immerhin ist es ein schöner Erfolg, den die Kollegen zu verzeichnen haben. Die Herren Unorganisierten in Großbieberau werden sich jetzt hoffentlich zufrieden geben und sich ihrer Berufsorganisation wieder anschließen, ehe sie Tarifangelegenheiten kritisieren wollen. Sehr traurig ist es, daß Verbandskollegen, die bei Beratung der Tarifvorlage sowie bei der weiteren Beratung sehr für die aufgestellten Forderungen sympathisierten, sich aber in letzter Stunde als Randstreifer entpuppten. Auf Antrag wurden denn auch die Herren Philipp Mehlner und Otto Mehlner, beide geborene Reinheimer, nach dem Statut, S. 3, Abs. 5 b, aus dem Verbands ausgeschlossen. Ob die beiden ihrer Handlungsweise froh werden, das steht auf einem andern Blatte.

Reisenbach bei Eberbach. Nahezu 30 000 Kubikmeter Böhl- und andre Werkstücke zum Tunnelbau bei Heidelberg stellt die Firma Holzmann her. Die Firma hat eine Anzahl Arbeiter in der Eberbacher und Heidelberger Gegend angestellt. Da diese Arbeiten Staatsarbeiten sind, hätte man erwarten sollen, daß die Firma die Bundesratsverordnung einhalten würde. Die Firma scheint aber der Ansicht zu sein, der Bundesratsverordnung deshalb nicht die notwendige Beachtung schenken zu müssen, da diese Betriebe nur vorübergehend eröffnet worden seien. Dieser Einwand muß jedoch, wie die Dinge hier liegen, als vollständig unberechtigt zurückgewiesen werden. Es kann von einer vorübergehenden Betriebseröffnung gar keine Rede sein. Die Gewerbeinspektion, der wir wiederholt Anzeige wegen dieser Mißstände erstattet haben, scheint ebenfalls der Meinung der Firma zu sein, weil noch nichts geschah. Es ist hier um so mehr zu erwarten, daß die Arbeiterschutzbestimmungen strikte eingehalten werden, da ja auch der badische Staat als Auftraggeber ein bestimmtes Interesse hierbei haben muß, daß die Gesetze gewissenhaft befolgt werden. Die Löhneverhältnisse sind in einigen Brücken geradezu niederliche zu nennen. — Bezahlt werden die Arbeiter nach Kubikmeter-Preis. Die Löhne der Steinbauer und aller andern Arbeiter sind im Verhältnis zu den ungeheuerlichen Pladerarbeiten, wie sie besonders in diesen Betrieben an der Tagesordnung sind, die denbar schlechtesten. Des ferneren steht aber auch das Verhalten der dortigen Betriebsführer gegenüber der Besatzung des Reaktionsrechts seitens der Arbeiter mit den Erklärungen des Ministers v. Bodmann im badischen Landtag in diametraler Gegensatz. Vor einiger Zeit sollte nun in Reisenbach eine Besprechung mit den dortigen Steinbauern stattfinden. Damit es aber nicht so weit kommen sollte, wurde durch den Eberbacher Genarmen, im Bunde mit den Betriebsführern, dem Wirt gruselig gemacht. Der Wirt verbot denn auch kategorisch jedwedes Agitieren und Ansprachehalten. Die Besprechung fand jedoch trotzdem statt, allerdings in lange nicht genügend wirk-

samer Form. Den dortigen Steinbauern aber, soweit sie noch nicht organisiert sind, rufen wir zu, nicht länger mehr interesselos unsern gewerkschaftlichen Bestrebungen gegenüberzutreten, sondern mit einzutreten in die Reihen der Organisierten.

Worms. Nicht länger mehr wollten sich die hiesigen Kollegen dem allgemeinen Drange nach Zusammenbruch entziehen. Es fand deshalb am 8. Mai Versammlung statt. Nach den Ausführungen des anwesenden Gauleiters Sarfert ließen sie sich alle in den Verband aufnehmen. Sie alle gelobten, nun unverbrüchlich an ihrem Verband festhalten zu wollen. Und gemessen an den auch in Worms noch bestehenden Löhnen für Steinbauer, tat dieser Wiederaufschluß den Kollegen aus bitterer Not. Der Stundenlohn ist daselbst um 5 und 10 Pfg. niedriger, als wie beispielsweise in Mainz, und doch sind die Lebensverhältnisse genau dieselben wie dort.

Rundschau.

Zurückgezogene Klage. Kollege Wohlbe aus Großsteinberg klagte vor dem Amtsgericht Grimsa gegen den Steinbruchbesitzer Bruno Preißer aus Kleinsteineberg. Die durch frühere Zeugenaussagen festgestellt wurde, war der Kasten, in welchem die Kleinspaltsteine gemessen wurden, zu groß. Nun haben in der fraglichen Angelegenheit 14 Termine stattgefunden. — Im letzten Termin (am 18. Mai) zog Wohlbe seine Klage nun zurück, weil der Kasten schon seit Monaten vernichtet war und das Gericht die Messungsergebnisse des vor-maligen Gauleiters Martin Kuchel nicht — anerkannte. Die Firma Preißer kam immer mit neuen Einwendungen, so daß unser Kollege das Prozessieren satt kriegte. Wohlbe beging allerdings den Fehler, daß er erst Klage stellte, nachdem er seine Entlassung erhalten hatte.

Steinmetzmeister Rhoder. Am 19. Mai wurde in Striegau der Steinbruchbesitzer Rhoder begraben. Der Verstorbene war der Typus jener Sorte von Unternehmern, die noch nicht angefränkt sind von dem sozialpolitischen Zuge unserer Zeit. Rücksichtslos, gerade und offen vertrat er seine Profitinteressen. Mit den Arbeiterschutzbestimmungen, insbesondere mit der Bundesratsverordnung, konnte er sich nie recht befreunden, so daß wir öfters gezwungen waren, die Hilfe der Aufsichtsbehörde in Anspruch zu nehmen. Seine Unternehmerlaufbahn begann Rhoder mit ganz geringen Mitteln. Während der Prosperitätsperiode in den 70er Jahren legte er den Grund zu seinem enormen Reichtum. Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, daß seine Arbeiter ausnahmslos arme Schlander blieben. Im übrigen war der Verstorbene ein sehr frommer Mann und ist gewissermaßen im Dienste der Kirche verstorben. Als Mitglied des katholischen Kirchenvorstands nahm er am Abend vor seinem Todestag an einer Sitzung desselben teil, die sich bis gegen morgen hinzog. Einer so angeknagten Tätigkeit mochte der Siebzehnjährige nicht mehr gewachsen sein, kurz, nachdem er nach Hause kam, machte ein Schlaganfall seinem Leben ein Ende.

Steinbedarf. Folgende Submissionsen werden in den nächsten Tagen vergeben. Redlinghausen 1540 Meter Randsteine, Kreuzburg (Oberschlesien), Steinmetzarbeiten für eine katholische Kirche; Frankfurt a. M. 1300 Quadratmeter Bahnschleifplatten, Karlsruhe 2000 Meter Randsteine; Hagen (Westfalen) 3100 Kubikmeter Koppsteinspalt; Lennep 15 000 Kubikmeter Grauwadengleissteinspalt; Wiesbaden 5000 Meter Randsteine; Lüneburg 1250 Quadratmeter Reihenspaltsteine.

Eine Submissionsblüte. Kosmische Preisdifferenzen zeitigte die vor kurzem stattgefundenen Vergabe der Granitarbeiten zu den neuen Offschleusen bei Kiel. Zur Ausschreibung standen 4370 Kubikmeter Granitwerksteine. 54 Angebote wurden abgegeben, darunter 6 aus Schweden und Norwegen und 7 aus Schlesien. Infolge der günstigen Frachtpreise kamen die niedrigsten Angebote aus Schweden. Hier betrug das niedrigste Angebot 487 485 Mark. Das niedrigste deutsche Angebot gab eine sächsische Firma ab mit 479 804 Mark. Verschiedenartig sind jedoch die Differenzen zwischen dem niedrigsten und höchsten deutschen Angebot. Es verlangten:

Sächsische Firma	472 504 Mk.
Lulmiz, Striegau	487 770 "
Weiß & Heidrich, Striegau	524 400 "
Steinbrich & Delsner, Breslau	529 039 "
Better, Berlin	581 840 "
Päschke, Breslau (Striegauer Granit)	594 950 "
Schmann, Striegau	639 630 "
Partsch, Striegau	647 900 "
Päschke, Breslau (Jannowitzer Granit)	717 820 "

Die Differenz zwischen dem höchsten und niedrigsten deutschen Angebot beträgt demnach 245 316 Mark. Noch auffallender ist aber die große Differenz innerhalb der Angebote der Striegauer Unternehmer. Sie beträgt 160 110 Mark und erscheint einem ungläublich, wenn man bedenkt, daß die Produktion in Striegau bei allen Unternehmern unter gleichen Bedingungen und bei gleich hohen — oder vielmehr niedrigen — Arbeitslöhnen vor sich geht. Da die Unternehmer in Striegau jedoch vor Abgabe ihrer Offerte eine Sitzung hatten, in welcher sie die Angelegenheit besprachen, wird man wohl das Richtige treffen, wenn man annimmt, daß die Differenz nicht unabsichtlich zustande kam. Des weiteren liefert die Tatsache, daß die Striegauer Unternehmer trotz dreifach höherer Fracht imstande sind, die schwedische Konkurrenz erfolgreich zu bekämpfen, den Beweis von den außerordentlich günstigen Produktionsverhältnissen und auch von den äußerst niedrigen Löhnen in Striegau.

Die Arbeiterstudienreise nach Deutschland, die dem englischen Arbeiter eine Vergleichung der deutschen und der englischen sozialen Verhältnisse und insbesondere die Beurteilung der Wirkungen der deutschen Schutzpolitik ermöglichen soll, ist am 4. Mai angetreten worden und wurde am 24. Mai beendet. Beteiligt waren der Vorsitzende der Arbeiterfraktion Barnes, der frühere Vorsitzende Henderson, der Sekretär Macdonald, drei weitere Abgeordnete, je ein Vertreter der Textilarbeiter und der schottischen, sowie der südwalisischen Bergarbeiter. Dabei ist auf die verschiedenen Gewerkschaften derart Rücksicht genommen, daß jeder Teilnehmer es übernimmt, sein eigenes Gewerbe zu studieren und den entsprechenden Teil eines allgemeinen Berichtes auszuarbeiten. Besucht wurden Düsseldorf, Stuttgart, Nürnberg, Chemnitz, Leipzig, Berlin, Hamburg. Ueber die Aufgabe der Reise brückte sich Barnes so aus: „Die Kommission hat weniger den Zweck, sich eine Meinung zu bilden, als sich ernstlich um zuverlässige Tatsachen zu bemühen. Der Fehler vieler früheren Deputationen bestand darin, daß sie Meinungen aussprachen, ohne Zugrundelegung zuverlässiger Daten ihre Meinung in Einklang mit den Tatsachen zu bringen. Wir hoffen, die Tatsachen festzustellen und so die britischen Arbeiter in den Stand zu setzen, ihre eignen Schlüsse daraus zu ziehen.“

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 16. bis mit 21. Mai 1910.
Frankfurt a. M., B. 230.—, K. 20.—, Hauzenberg, B. 49.98, E. 8.50, K. 5.60. Nürnberg, B. 158.85, K. 20.10. Ramenz, B. 218.25. Ober-Weilau, B. 84.—, Wolfshagen, B. 21.—, Sorau, B. 4.95. Großholbersdorf, B. 7.90. Dziergowitz, B. 4.95. Wiesbaden, B. 115.—, K. 9.25. Selb, B. 363.40, K. 26.85. Speyer, B. 69.30, K. 0.70. Verneid, B. 17.25, E. 3.—, K. 3.—. Köln I, B. 62.10, K. 1.05. Zweibrücken, B. 15.98, K. 12.80. Weinheim, Ins. 5.60. Varel, B. 7.30. Niederoderwitz, B. 4.40. Verden, B. 11.50. Sonthofen, B. 2.15. Zeitz (Lumpel), B. 4.95. Reichenbach, B. 2.30. Süßenbach, B. 178.88, K. 2.10. Porta, B. 26.60, K. 5.90.
Sudwig Geiß, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Max. Alle geschäftlichen Angelegenheiten sind bis auf weiteres an den Kollegen Wilhelm Zippel, Eisenbahnstraße 16, zu richten.

Göttingen. Als Streikbrecher haben sich betätigt: Karl Geißler, Julius Gotthardt, Karl Weiland.

Neue Zahlstelle.

Remmigen, D.-N. Leonberg (Württemberg) (9. Gau). Vorf.: Gustav Geizinger. Kass.: Christian Klauß.

Adressen-Änderungen.

Stuttgart. Vorf.: Karl Musper, Olgastraße 77, pt.
Grünfeld. Vorf.: Michael Mauder.
Strahburg. Kass.: Joseph Schäfer, Bei den Spachhäusern Nr. 5, III.

Karlsruhe. Vorf. u. Kass.: Otto Degenhardt, Durlacher Allee 32. Reiseunterstützung wird in der Gewerkschaftsherberge „Zum Storch“, Gartenstraße, ausgezahlt.

Briefkasten.

Selb. Die Adresse können wir nicht entziffern.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 Uhr
Gemeinsame Versammlung beider Sektionen
in den **Arminhallen**, Kommandantenstraße 58/59.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Verbands-tage durch die Delegierten Hansche und Ohngemach. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kein Mitglied darf fehlen. In dieser Versammlung sind auch die Adressen-Änderungen für die Zustellung des „Steinarbeiter“ zu bewirken.

Montag, den 6. Juni, abends 8 Uhr
Kombinierte Platzvertreter-Sitzung
im **Verbandslokal**, Seydelstraße 30.

Tagesordnung: Stellungnahme zu den Beschlüssen des Verbandstages.

Sämtliche Betriebe, gleichviel ob Sandstein-, Marmor- oder Grabstein, müssen vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

Der Unterricht an Fachschulen

ist sorgfältigst nachgeahmt in den Selbstunterrichtswerken System Karnack-Haenfeld: **Steinmetzmeister, Strassenbautechniker, Polier, Bautechniker.** Glänzende Erfolge. Druckschreiben, Besprechungen. Kleine Teilzahlungen.

Bonnens & Hachfeld Potsdam-W.18.

Heinrich Tauch
Spitzkunnersdorf (Sachsen)
empfiehlt den Steinbauern seine bewährten **Double-Leder-Hosen** in weiß, Silbergrau und braun, nur Prima-Ware, jede Hose 5 Mk. frei ins Haus. Angabe von Schrittlänge und Bundweite genügt für guten Sitz. — Eigene Fabrikation. — Muster franko. — Lobende Anerkennungen.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Härtewerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle **Steinmetz-Geschirre**
versende gratis!
Liefere sofort.

Schürzen
Hausmacherschürzen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Zedets, Leder- und Quaststoffschürzen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft
in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Jungen Steinmetzgehilfen
der auch etwas Schriftsagen kann, stellt noch ein **August Grawe, Greifenberg (Pommern).**

Gestorben.

In Berlin am 18. Mai der Kollege Gustav Leich, 53 Jahre alt, an Gesichtstriebe.
In Dörfel am 13. Mai der Kollege Gustav Hermann, 35 Jahre alt, an einer Nierenkrankheit.
In Mannheim am 18. Mai der Kollege Wilhelm Weisfert, 24 Jahre alt, durch Unglücksfall.
In München am 15. Mai der Kollege Matthias Agel, 59 Jahre alt. Er schied freiwillig aus dem Leben.
In Pösta am 17. Mai der Kollege Joseph Söbel, 48 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Ihre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die deutsche Stein-Industrie im Lichte der Statistik.

I.
Ueber die Gewerbe- und Berufszählung, welche am 12. Juni 1907 stattfand, liegen nun die endgültigen Ziffern vor. Es ist für die Leser sicherlich kein Genuß, wenn sie sich in das untenstehende Tabellenwerk vertiefen sollen, aber die Ergebnisse der Zählung halten wir für so wichtig, insbesondere für unsere Agitation, daß wir eine Besprechung des Materials doch vornehmen möchten. Die Gewerbe- und Berufszählung läßt doch die sichersten Schlüsse über die Struktur der gesamten Steinindustrie zu und als Gewerkschaftler ist es unsere Pflicht, daß wir uns auch mit solchen Erörterungen befassen. Die Steinindustrie umfaßte im Jahre

1895 16 131 Betriebe mit 125 722 Beschäftigten
1907 17 010 „ „ 160 930 „

In dem Zeitraum von 12 Jahren stieg die Zahl der Betriebe um netto 879 = 5 Prozent, die der Beschäftigten um 35 208 = 21 Prozent. Die Zunahme der Betriebe fällt somit gar nicht ins Gewicht; augenfällig ist dagegen die bemerkenswerte Steigerung der Arbeitskräfte in der Steinindustrie.

Bei der statistischen Erhebung wurde die Industrie der Steine und Erden in besondere Unterabteilungen eingeteilt.

Die Abteilung a umfaßt direkt die Steinindustrie, welche wiederum in zehn Gruppen zergliedert ist. In unserem Artikel nehmen wir meist auf diese Abteilung Bezug, welche uns am meisten interessiert. Die Abteilung b nimmt auf die Gewinnung von Kies und Sand Bezug; als besondere Gruppen treten auf: Kies-, Quarz-

und Sandgruben; sonstige Gewinnung von Kies und Sand.

Die Abteilung c handelt von der Gewinnung und Herstellung von Kalk, Zement, Trach und Schwefelspat.

Als besondere Gruppen treten auf: Kalk- und Kreidebrüche; Kalkbrennerei; Mörtelbereitung; Gewinnung von Gips und Schwefelspat; Verfertigung von Zementwaren und Zementgutz; Verfertigung von Gipsdielen, Kunststein und Kalksandstein.

Die Abteilung d: Lehm- und Tongrüberei ist weniger umfangreich. Als besondere Gruppen treten auf: Lehm- und Tongrüberei; Massebereitung für glasierte und verglaste Tonwaren.

Die Abteilung e: Lehm- und Tonwaren, ist dagegen sehr umfangreich. Als Gruppen treten auf: Ziegelei, Ton- und Steinzeugröhrenfabrikation, Verfertigung von feinem Steinzeug; Schwemmsteinfabrikation; Töpferei, Verfertigung von gewöhnlichen Tonwaren, Verfertigung von feinen Tonwaren, Steingutfabrikation und Veredlung; Porzellanfabrikation und Veredlung; Verfertigung von Spielwaren aus Ton und Porzellan.

Die Abteilung f handelt von den Glashütten, der Glasveredlung, der Glasbläserei und der Spiegelfabrikation. Als besondere Gruppe kommt hinzu die Verfertigung von Spielwaren aus Glas.

In der Industrie der Steine und Erden waren am 12. Juni 1907 770 563 Personen beschäftigt. Wir können uns somit einen Begriff machen, welche Bedeutung diese Industrie in der Volkswirtschaft besitzt. Es gibt in Deutschland nur 8 Industrien und Gewerbegruppen, welche die Industrie der Steine und Erden an Umfang, soweit die beschäftigten Personen in Frage kommen, überragen.

Bei der reichsstatistischen Erhebung interessiert uns in der Rubrik Steine und Erden besonders die Abteilung a: Steine. Wir lassen gleich die erste Tabelle folgen:

Hauptergebnisse der Gewerbe- und Berufszählung des Jahres 1907.

Industrie der Steine und Erden	Gewerbebetriebe überhaupt	Davon sind		Von den Hauptbetrieben sind		Personen der Betriebe innerhalb der Betriebsstätten (einschließlich Betriebsleiter) am 12. Juni 1907		
		Hauptbetriebe	Nebenbetriebe	Alleinbetriebe	Betriebe mit mehreren Personen	männlich	weiblich	zusammen
a) Steine	17010	15096	1914	3088	12008	155803	5127	160930
Darunter Teilbetriebe	3365	2955	410	143	2812	47835	2222	50057
1. Marmorbrüche, Marmorjägererei und -schleiferei	180	172	8	13	159	2710	134	2844
Darunter Teilbetriebe	39	35	4	—	35	496	19	515
2. Schieferbrüche und Verfertigung von groben Schieferwaren	471	412	59	67	345	8695	612	9307
Darunter Teilbetriebe	85	78	7	1	77	1956	301	2257
3. Andere Steinbrüche (ausgeschl. Kalkbrüche)	6470	5400	980	482	5008	84798	1457	86255
Darunter Teilbetriebe	1743	1593	287	22	1384	26854	426	27280
4. Steinmehlen, Steinhauer und Veredlung von groben Steinwaren	6634	5960	674	1847	4113	41865	733	42598
Darunter Teilbetriebe	1191	1071	120	102	909	14431	307	14738
5. Wegsteinmacher	84	59	25	5	54	129	30	159
Darunter Teilbetriebe	3	3	—	—	3	15	6	21
6. Specksteinfabrikation	9	8	1	2	6	138	115	253
Darunter Teilbetriebe	1	1	—	—	1	9	38	47
7. Verfertigung feiner Steinwaren	949	906	43	259	647	8655	1599	10254
Darunter Teilbetriebe	135	119	16	2	117	3535	986	4521
8. Grabsteinfabrikation	1297	1231	66	252	979	5830	142	5972
Darunter Teilbetriebe	130	112	18	14	96	638	16	654
9. Edelstein- und Halbedelsteinschleiferei	713	692	21	72	620	2710	222	2932
Darunter Teilbetriebe	15	14	1	1	13	76	23	99
10. Verfertigung von Spielwaren aus Stein	203	166	37	89	77	253	83	336
Darunter Teilbetriebe	23	16	7	1	15	25	10	35
In nachstehenden Gruppen kommen für uns auch noch Organisationsfähige in Betracht:								
11. Trachgrüberei, Zement- u. Trachfabrikat.	464	419	45	19	400	29213	922	30135
Darunter Teilbetriebe	191	164	27	2	162	12918	323	13241
12. Kalk- und Kreidebrüche, Mühlen	1105	929	176	55	874	17050	900	17950
Darunter Teilbetriebe	324	277	47	3	274	7381	519	7900
13. Verfertigung von Kunststein und Kalksandstein	943	906	37	54	852	12763	547	13310
Darunter Teilbetriebe	274	249	25	2	247	3291	222	3513

Die Gruppen 1, 2 und 3 handeln im großen und ganzen von der Gewinnung der Rohsteine. Diejenigen Ar-

beiter, welche beim Marmor Schleifen und bei der weiteren Schieferbearbeitung tätig sind, geben den Ziffern nach

keinen allzu großen Ausschlag, so daß wir von diesen drei Gruppen sagen können, sie stellen die deutsche Steinbruchindustrie dar. — Die Gruppen 4—10 behandeln die eigentliche Steinverarbeitung, für uns sind darunter besonders bemerkenswert die Gruppen 4 und 8.

In die Gruppe 1: Marmorbrüche, Marmorjägererei und -schleiferei kommen: Marmorarbeiter, Marmorbrüche, Marmorgruben, Marmorpolierer, Marmorjägererei, Marmor Schleiferei. (Insgesamt 2844 Personen beschäftigt.)

In die Gruppe 2: Schieferbrüche und Verfertigung von groben Schieferwaren kommen: Dachschieferbrüche, Dachschiefergruben, Glimmerschieferbrüche, Griffelmacher, Griffelschleifer, Kupferschieferwerke, Schieferbrüche, Schieferstiftfabrikation, Schiefertafelfabrikation, Ton-schieferbrüche. (Insgesamt 9307 Personen beschäftigt.)

In die Gruppe 3: Andere Steinbrüche, gehören: Asbestgruben, Asphaltsteinbrüche, Basaltbrüche, Lavabrüche, Basaltsteinbrüche, Bimssteinbrüche, Diabassteinbrüche, Dioritsteinbrüche, Dolomitbrüche, Elgositsteinbrüche, Gabbrosteinbrüche, Gneissteinbrüche, Granitbrüche, Granulitsteinbrüche, Grawacksteinbrüche, Grünsteinbrüche, Hornblendenbrüche, Lithographiesteinbrüche, Mauersteinbrüche, Melaphyrsteinbrüche, Mühlschleiferei und -gruben, Nagelschleiferei, Pflastersteinbrüche, Porphyrbücher, Roststeinbrüche, Serpentinbrüche, Sandsteinbrüche, Specksteinbrüche, Spenitsteinbrüche, Trachbrüche, Trachsteinbrüche, Werksteinbrüche, Rhonolithsteinbrüche. (Insgesamt 86 255 Personen beschäftigt.)

In die Gruppe 4: Steinmehlen, Steinhauer und Verfertigung von groben Steinwaren gehören: Basalt-schotterwerke, Basaltsteinhauer, Granitschleifer, Granit-schotterwerke, Granitwarenerfertigung, Mühlschleiferei, Sandsteinwaren, Schleifsteinfabrikation, Schotterschlägerei, Steinbildhauer (nicht Künstler), Steinboffierer, Steinhauer, Steinmehlen, Steinschleiferei, Steinschleifer. (Insgesamt 42 598 Personen beschäftigt.)

(Besser würde es der beruflichen Einteilung entsprechen, wenn die mit einem Sternchen bezeichneten Kategorien der Gruppe 3 zugeteilt würden.)

In der Gruppe 5: Wegsteinmacher, ist eine besondere Spezialisierung nicht nötig. (Insgesamt 159 Personen beschäftigt.)

In der Gruppe 6: Specksteinwarenerfertigung, ist eine Detaillierung auch nicht nötig. (Insgesamt 253 Personen beschäftigt.)

In die Gruppe 7: Verfertigung von feinen Steinwaren, gehören: Achatbohrer, Achatwarenfabrikation, Glimmerwarenerfertigung, Marmorbohrer, Mosaik-plattenfabrikation, Porphyrwarenerfertigung, Schrift-hauerei in Stein, Serpentinwarenerfertigung, Stein-bohrer für feine Steinwaren, Spenitschleifer, Spenit-warenerfertigung. (Insgesamt beschäftigt 10 254 Per-sonen.)

In die Gruppe 8: Grabsteinfabrikation, gehören: Denkmalsfabrikation (nicht künstlerisch), Grabsteinfabrikation. (Insgesamt beschäftigt 5972 Personen.)

In die Gruppe 9: Edelstein- und Halbedelsteinschleiferei, gehören: Achat-schleifer, Achat-schneider, Diamant-polierer, Diamantschleifer, Diamantspalterei, Edelstein-schleifer, Granatschleifer. (Insgesamt beschäftigt 2952 Personen.)

In die Gruppe 10: Verfertigung von Spielwaren aus Stein, gehören: Basaltsteinfabrikation, Steinspielwaren-fabrikation. (Insgesamt 336 Personen beschäftigt.)

In die Gruppe 11: Trachgrüberei, Zement- und Trach-fabrikation gehören: Mergelgrüberei, Trachsteinbrüche, Zementfabrikation und Trachgruben. (Insgesamt beschäf-tigt 30 135 Personen.)

In die Gruppe 12: Kalk- und Kreidebrüche, gehören: Duds- (*Kalktuff-) steinbrüche, Kalkbrüche, *Kalkinter-steinbrüche, *Kalkspatbrüche, *Kalksteinbrüche, *Kalktuff-steinbrüche, Kreidefabrikation, Kreidewerke, *Muschel-kalksteingewinnung, Tripolithfabrikation, *Tuffsteingewinnung. (Insgesamt beschäftigt 17 950 Personen.)

(Die mit Stern bezeichneten Gruppen würden auch unter 3 eingereiht sein.)

Die Untertunnelung der Elbe in Hamburg.

Mit der Ausdehnung der Hamburger Industrie- und Hafenanlagen am südlichen Elbufer, vor allem auf Steinwärdern und Aufwärdern, und bei der Gewißheit, daß Industrie- und Hafenanlagen nach der Köhlbrandregulierung am südlichen Elbufer noch weiter gewaltig wachsen, machte sich das Fehlen einer direkten Verbindung für Wagen- und Fußgängerverkehr zwischen Hamburg und dem jenseitigen Elbufer immer fühlbarer. Der einzige feste Verbindungsweg, die Elbbrücke nach der Beddel, ist schon seit langem überlastet und bedeutet einen gewaltigen und darum sehr kostspieligen Umweg. Zeit ist Geld, für den Kaufmann wie für den Arbeiter. Die Schaffung einer direkteren, bequemeren Verbindung war unumgänglich. Schon die Beförderung der ungeheuren Arbeitermassen, die auf den vielen und großen Werften und in den ausgedehnten Hafenanlagen am Elbufer beschäftigt sind, hätte es gefordert. Die Szenen, die sich z. B. jeden Arbeitstag in früher Morgenstunde an den Pontons gegenüber dem Neuen Weg bei der Einschiffung der Werftarbeiter und Schauerleute abspielen, spotten jeder Beschreibung. Und wie oft sind die heutigen Zustände in der Beförderung per Dampfer oder Boot für die Arbeiter, die infolge Nebels oder Eisgangs zu spät oder gar nicht zur Arbeitsstätte kommen, eine Quelle schwerer Unzuträglichkeiten. Zu schweigen ganz von den Verlusten, die der Handel erleidet infolge der mangelhaften Verbindung. Abhilfe mußte geschaffen werden. Die Frage war nur: auf welche Weise?

Drei Arten einer besseren und direkteren Verbindung mit Steinwärdern waren möglich: eine Dampffähre, eine Brücke und eine Untertunnelung der Elbe. Die Fähre würde den gerade an dieser Stelle ungemein lebhaften Schiffsverkehr arg beeinträchtigt haben. Eine Brücke hätte den Elbstrom an dieser Stelle der großen Schiffe wegen mindestens in einer Höhe von 50 Meter überspannen müssen und ihr Bau würde mindestens 20 Millionen Mark verschlingen haben. Sie konnte bei den örtlichen Verhältnissen also auch nicht in Betracht kommen, weil die straßenseitigen Zufahrten zu der hohen Brücke schwer-

oder gar nicht zu schaffen gewesen wären. blieb die Untertunnelung. Daraus wiederum hat das Verdienst, das Tunnelprojekt angeregt und geschickte Vorarbeiten energisch propagiert zu haben.

Am 18. April 1904 legte der Senat der Bürgerschaft einen Antrag auf Bewilligung von 8 200 000 Mark für den Bau eines Elbtunnels von der Hafenstraße nach Steinwärdern vor. Die Bürgerschaft verwies die Sache an einen Ausschuß. Der Ausschuß machte eine Studienreise nach England, wo er den Clyde-Tunnel bei Glasgow und den Blackwell-Tunnel unter der Themse in London besichtigte. Auf Grund dieser Studien und eingehender Verhandlungen mit Senatskommissaren, Ingenieuren, Technikern und Verkehrsachverständigen gelangte der Ausschuß dazu, den Senat um die Vorlegung eines neuen, erweiterten Projektes zu ersuchen. Der Senat entsprach diesem Wunsch, und am 7. November 1906 bewilligte die Bürgerschaft die Summe von 10 722 000 Mark für einen doppelröhren Tunnelbau. Im März 1907 ist der Bau dann an die Firma Holzmann u. Co., Frankfurt a. M., übertragen, die eine Reihe großer Unterwassertunnels und Siele, so den ca. 200 Meter langen Spreetunnel und das neue große Hamburger Transport-siel, gebaut hat. Im Mai schon begann man mit den Bohrungen in der Tunnelstraße, am 22. Juli 1907 erfolgte auf Steinwärdern, auf dem Platz hinter der Badeanstalt, der erste Spatenstich für den Fahrsticht.

Der örtlichen Verhältnisse wegen mußte sowohl an der Stadtseite, wie auch auf Steinwärdern davon abgesehen werden, Fahrstrecken nach dem Tunnelleingang zu schaffen. Sie hätten bei dem geringen Neigungswinkel, den vor allem der Wagenverkehr gefordert hätte, sehr lang werden müssen. Dazu war besonders stadtfestig aber weder Platz vorhanden, noch das Terrain geeignet. Darum wurden an beiden Tunnelseiten Einfuhrschächte von 28 Meter Höhe vorgesehen, in denen mittels je mehrerer größerer und kleinerer hydraulischer Aufzüge die Beförderung von Wagen, Karren und Personen vorgenommen wird. Für besonders ängstliche Gemüter, die sich keinem Aufzug anvertrauen wollen, sind auch Treppen vorgesehen, über deren einige 120 Stufen man hinauf und hinab gelangen kann. Der Tunnel besteht, wie schon oben gesagt, aus zwei Röhren,

die, getrennt durch eine dicke Betonwand, hart nebeneinander angeordnet sind und einen äußeren Durchmesser von je 6 Meter haben. Die westliche Tunnelröhre dient dem Verkehr nach Steinwärdern, die östliche von dort nach Hamburg. Der Boden der Röhren, die 20 Meter unter Hamburger Hochwasserhöhe des Elbpiegels in die Erde eingebettet sind, ist ausgefüllt mit einer Betonstampfung, in die, um dem Tunnel die nötige Schwere zu geben, gewaltige Gewichtsmengen Roh Eisen eingeschlossen werden. Die lichte Höhe der Tunneldurchgänge ist 4,20 Meter. Die in der Mitte jeder Röhre angeordnete Fahrstraße hat eine Breite von 2,50 Meter. Die zu beiden Seiten neben ihr angeordneten Fußwege haben eine Breite von je 1,20 Meter. Die Tunnelröhren, die aus gewaltigen Ringen aus Walzeisen von je 25 Zentimeter Breite gebildet und außen und innen mit einem Betonmantel zum Schutz gegen Rost umkleidet sind, werden innen ganz mit weißen Raafeln ausgelegt und durch dicke Röhrenreihen elektrisch erleuchtet.

Wenn man dann vielleicht schon nach Jahresfrist die sauberen, weissen, hellen Tunnel, und zwar kostenlos — nur für Wagen und Karren wird eine Gebühr erhoben — durchwandern wird, so wird man sich kaum einen Begriff machen von den Schwierigkeiten und von den Gefahren, die das Werk und seinen Bau begleiteten. Und doch waren diese Schwierigkeiten, die durch mühevollen, angestrengtes Schaffen eines Heeres von etwa 800 Arbeitern und eines großen Stabs von Ingenieuren und Technikern täglich und stündlich immer aufs neue überwunden werden mußten, ungeheuer, und schwere Gefahren für Leib und Leben umlauerten fortwährend alle, die am Werke schafften.

Am 26. Februar d. J. hatte im Osttunnel der Schild die den Einfahrtsschacht abschließende Mauer erreicht, die nun später gesprengt wurde. Im Westtunnel waren an diesem Tage noch etwa 15 Meter zu durchfahren. Heute steht der Schild hart vor der Kaimauer. Sein Stand und die Arbeiten in ihm dokumentieren sich durch die in großer Menge aufsteigenden Blasen der durch die harte Tonschicht ausströmenden Prellluft. Im Juni wird auch dieser Tunnel durchschlagen werden, so daß dann beide Tunnelröhren freie Passage unter dem Elbstrom hindurch bieten.

In die Gruppe 13: **Verfertigung von Kunststein, Kalksandstein usw.**, gehören: **Bimssteinfabrikation, Gipsdielenfabrikation, Hartsteinfabrikation, Kalksandsteinfabrikation, Kunstmarmorfabrikation, Mosaikbetonmischer, Terrazzowarenfabrikation.** (Insgesamt beschäftigt 13 310 Personen.)

Die Aufzählung der einzelnen Spezialgruppen gibt uns somit schon ein recht deutliches Bild, wie vielseitig eigentlich die Steinindustrie zusammengesetzt ist. Wenn unser Verband nur den größten Teil der in diesen Gruppen Beschäftigten umfassen würde, dann könnten wir für wahr ohne weiteres von einem **Industrieverband** reden. Und diejenigen Kollegen, welche leihthin im „Steinarbeiter“ der Verschmelzung so warme Töne abgewinnen konnten, hätten füglich besser getan, wenn sie sich mit dem Kapitel befaßt hätten, wie sind die Massen in der Steinindustrie für den Verband zu gewinnen. Daß diese Massen vorhanden sind, beweisen uns die Zahlen, welche uns die amtliche Statistik liefert.

Wir betonen ausdrücklich, daß die Gruppen 11, 12 und 13 statistisch der reinen Steinindustrie nicht zugezählt sind; wir haben aber darauf Bezug genommen, weil wir damit einen Teil organisationsfähiger Steinarbeiter zählen. Diese Tatsache trifft insbesondere für die Gruppe 12 zu.

Die Aktiengesellschaften in der Steinindustrie.

Die Steinindustrie folgte ebenfalls dem Zug der Zeit, es wurden Aktiengesellschaften großen Stils geschaffen. Die Sandsteinindustrie ist daran weniger beteiligt; hauptsächlich in der Hartstein-, Schiefer- und Marmorindustrie sind solche Gesellschaften ins Leben gerufen worden. Wenn in der Sandsteinindustrie die Aktiengesellschaften nicht so üppig ins Kraut schießen, so hat das darin seinen Grund, weil solche Werke wegen der schwankenden Bautätigkeit und der wechselnden Architektur nicht genügend Aufträge bekommen können, um Hunderte und Tausende von Steinmetzen das ganze Jahr zu beschäftigen. — Wir wollen die Aktiengesellschaften aufzählen, damit unsere Kollegen einen Ueberblick erhalten, wie in der Steinindustrie die Betriebsvergrößerung vor sich geht.

Mitteltabell
bei der Gründung
Markt

1. Vereinigte Marmorwerke Tegernsee, Moosgrün und Ruhpolding (Sitz Bad Aibling)	750 000
2. Bayr. Syenit- und Marmorindustrie Nordendorf (Sitz Augsburg)	150 000
3. Erste bayr. Basalt-Aktiengesell. in Bayreuth	240 000
4. Deutsche Steinwerke C. Wetter in Elmman a. M.	2 000 000
5. Hiltendorf Schieferwerke, Aktien-Gesell.	150 000
6. Odenwäld. Hartsteinindustrie (Sitz Darmstadt)	1 400 000
7. Westf. Granit- u. Marmorwerke in Dortmund	500 000
8. Elbsandstein-Industrie (Sitz Dresden)	600 000
9. Bergisch-Märkische Steinindustrie (Sitz Köln)	1 300 000
10. Birkenfelder Feldspatwerke, A.-G., Elweiler	750 000
11. Raff. Schiefer-Aktiengesell., Frankfurt a. M.	747 500
12. Steinbruch-Aktiengesell. in Köln	200 000
13. Vereinigte Moselschiefergrube, A.-G., Köln	600 000
14. Basalt-Aktiengesellschaft in Linz a. Rh.	6 000 000
15. Steingewerkschaft Offenstetten in München	400 000
16. Mittweidaer Granitwerke, A.-G., Neubörschen	120 000
17. Bayr. Granit-Aktiengesellschaft in Regensburg	1 000 000
18. Deutsche Steinindustrie A.-G. vorm. Schleicher (Sitz Berlin)	800 000
19. Hohburger Porphywerke, A.-G., Rötteln	1 900 000
20. Sandsteinwerke Nordendorf, A.-G. (Sitz Birnau)	200 000
21. Redlinghäuser Marmor- und Kalkwerke, A.-G., Siegen	450 000
22. Solnhöfener Aktienverein in Solnhöfen	750 000
23. Mitteldeutsche Hartsteinindustrie, A.-G., Steinau	1 400 000
24. Theumaer Mittenbrüche, A.-G., Theuma	600 000
25. Rheinische Steinindustrie, A.-G., Trier (befindet sich in Liquidation)	679 000
26. Ruwertaler A.-G. in Waldrach bei Trier	200 000
27. Granitwerk Steinerne Renne, A.-G., Hasserode	1 295 000
28. Bayr. Hartsteinindustrie, A.-G., Würzburg	1 200 000
29. Fichtelgebirgs-Granitwerke, A.-G., umfaßt Granitwerke in Selb, Weiskstadt, Seuffen, Kirchenlamiz und Wunsiedel	1 500 000
30. Kaiser-Steinbruch, A.-G., Köln	900 000
Summa: Mk. 29 281 500	

In den letzten Jahren wurden diese Gesellschaften meist vergrößert, das **Aktienkapital** erhöht und gegenwärtig arbeiten die oben aufgeführten Werke mit einem nominellen Kapital von **40 Millionen Mark**.

Wieviel diese Werke Arbeiter beschäftigen, ist leider nirgends angegeben; aber schon aus der Kapitalanlage geht hervor, daß es sich um ausgesprochene Großbetriebe handelt.

In einem großen Teil dieser bedeutenden Steinbruchbetriebe haben wir mit unserm **Verband** noch nicht einmal festen Fuß zu fassen vermocht; aus taktischen Gründen wollen wir diese Werke im „Steinarbeiter“ nicht bekannt geben. — Die „reinen“ Steinmetzbetriebe in der Granitindustrie sind bei der Bildung der Aktiengesellschaften ebenfalls nur sehr spärlich vertreten; anders ist es dagegen in der Plasterstein- und Basaltbranche. Auch die Schiefergewinnung wird von der großkapitalistischen Entwicklung stark beeinflusst, und zwar im günstigen Sinne. Die Schieferindustrie kann nur florieren, wenn die Zwergbetriebe von der Bildfläche verschwinden.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Etwas zeitiger als in den Vorjahren konnte der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentrale, Genosse Begien, seinen sechsten Bericht, der das Jahr 1908 umfaßt, herausgeben. Die vielfach geäußerten Wünsche, den Bericht noch wesentlich zeitiger erscheinen zu lassen, da er so an Aktualität einbüßt, können nicht erfüllt werden. Ende März dieses Jahres ist erst der letzte Bericht von 1908 beim Sekretär eingegangen und trotz der Vorzüge einer sofortigen Uebersetzung bedarf die Fertigstellung dieses 16 Druckseiten umfassenden Berichts doch auch einige Wochen Zeit. Der Bericht repräsentiert sich in vollkommener Form. Alle 19 dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder haben diesmal Berichte eingekandt. In dieser internationalen Gewerkschaftsübersicht fehlen nur noch die Angaben von Rumänien, Rußland, Argentinien, Brasilien, Australien und Japan; Länder, in denen mehr oder weniger entwickelte gewerkschaftliche Bewegungen vorhanden sind.

Nicht nur Deutschland, sondern auch viele andre industrielle Länder hatten unter der Krise des Jahres 1908 zu leiden. Demzufolge weisen die meisten Länder einen Mitgliederrückgang auf. Eine nennenswerte Ausnahme an Mitgliedern ist nur in

England zu verzeichnen. Ungarn hatte einen beträchtlichen Rückgang der Mitgliederzahl, der zum großen Teil auf die Landarbeiterorganisation entfällt, deren Mitgliederstand von 11 838 auf 3563 sank; zudem kommt ein Verlust von 31 700 Mitgliedern, den die Gewerkschaften der Industriearbeiter hatten. Die absoluten Mitgliederzahlen sind nicht als Maßstab für die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation eines Landes zu nehmen, sondern das Prozentverhältnis der organisierten zu den beschäftigten Arbeitern kann nur hierfür bestimmend sein. Zuverlässige Angaben sind hierfür jedoch nicht zu machen. Dänemark mit 48 und Schweden mit 40 Prozent Organisierten dürften darin an der Spitze der internationalen Gewerkschaften stehen.

Die dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder rangieren nach der Mitgliederzahl in folgender Reihe:

	1908	1907		1908	1907
England	2 406 742	2 106 283	Schweiz	113 800	135 377
Deutschland	2 382 401	2 446 480	Ungarn	102 054	142 030
Ver. Staaten	1 588 000	1 586 885	Norwegen	48 157	48 215
Italien	546 650	387 384	Spanien	44 912	32 612
Oesterreich	452 279	501 094	Finnland	24 009	32 000
Frankreich	294 918	715 576	Bulgarien	12 933	10 000
Schweden	219 000	239 000	Kroatien	4 520	8 700
Belgien	147 058	181 015	Bosnien	3 997	—
Niederlande	128 845	128 845	Serbien	3 238	5 434
Dänemark	120 850	109 914			

Deutschland wies im Jahre 1908 infolge der Krise einen Rückgang von 56 000 Mitgliedern auf — 1909 sind jedoch schon 100 000 Zuwachs zu verzeichnen. Bei Frankreich war für 1907 die Mitgliederzahl nach dem amtlichen Bericht für 1904 angegeben, während die Zahl für 1908 nur die der Mitglieder der Gewerkschaften ist, welche der Landeszentrale angeschlossen sind. Die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften in Frankreich ist bedeutend höher. Stellen wir hier wiederum die Zahl von 1904 ein und rechnen wie im Vorjahre für Australien und Neuseeland 213 136 Gewerkschaftsmitglieder, so ergäbe sich in diesen 20 Ländern eine Gesamtmitgliederzahl von 9 308 157. Im Vorjahre war diese auf 9 029 980 berechnet.

Von den Einzelberichten der Länder hat der aus Großbritannien besonders Interesse. In ihm werden in recht anschaulicher knapper Form die politischen Wirren, sowie die sozialpolitischen Maßnahmen besprochen. Vielleicht ist auf diese hochgehende Bewegung des englischen Volkes auch der starke Zustrom zu den Gewerkschaften zurückzuführen, der in den letzten drei Jahren 500 000 Mitglieder betrug. Das Finanzreformgesetz, das auf dem Prinzip des Freihandels basiert, vermeidet alle Erhöhungen auf die Verbrauchsartikel des täglichen Lebens, auf Werkzeuge für Industrie, wie auch auf den Handel und den Verkehr. Von 13 Millionen Pfund neuen Einnahmen, die das Gesetz vorsieht und von denen 9 Millionen Pfund für Altersrenten verwandt werden sollen, sollen 80 Prozent von den Begünstigten ausgebracht werden. Kulturelle Verwendung sollten diese Mehreinnahmen finden, für die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, Verbesserung der Kanäle, Schiffsfahrtswege, Häfen und der Straßen. Ein Gesetz über die Lohnämter lag vor, durch das für bestimmte Gewerbe Minimallöhne geschaffen wurden. 190 paritätische Arbeitsbörsen oder Nachweise wurden errichtet, für die die Regierung 2 Millionen Pfund bewilligte. Die obligatorische Speisung der Schulkinder wurde auf Antrag der Arbeiterpartei eingerichtet. Mit Verne weist der Generalsekretär der englischen Gewerkschaftszentrale Appleton die Versuche der konservativen „Daily Mail“ und des Sozialisten Blatford zurück, Deutschland und England in den Krieg zu hegen. Im Bericht sagt er u. a.:

„... doch empfand man die entsetzliche Angst der „Mail“ und Blatfords als eine Schmach, denn die Engländer teilen sie nicht. Diese Entrüstung erfüllte sie ferner ob der steten Versuche, soziale Reformen in beiden Ländern dadurch zu verhindern, daß man den Krieg an die Wand malt. Möge sich deshalb der gesunde Menschenverstand in Deutschland wie in England gegen solche ärmlichen Unwissenheit und Selbstsucht erheben, die sonst das unerbittliche Verbrechen des Jahrhunderts zur Folge haben könnten. Der Krieg hält jeden Fortschritt auf; er zerstört alle Hoffnungen (mit Ausnahme derjenigen der Geldverleiher und der Militärkaste); er entwürdigt die Völker zur Sklaverei.“

Von Frankreich wird über eine starke Fortentwicklung der Organisationen und lebhaft Agitation berichtet. — Belgien zeigt in detaillierten Berichten der einzelnen Gewerbe genaue Einblicke über den organisatorischen und finanziellen Stand der Gewerkschaften. Die soziale Gesetzgebung stagniert vollständig.

In den Niederlanden entfalten Partei und Gewerkschaft eine Agitation für den gesetzlichen Achtstundentag. Eine große Demonstration in Amsterdam leitete seine Aktion dafür ein. Die Kammer lehnte zwar mit 49 gegen 28 Stimmen die gesetzliche Einführung des Achtstundentags ab, es wurde aber der Regierung anheimgegeben, eine Einschränkung der Arbeitsdauer für alle erwachsenen Arbeiter auf 10 Stunden anzustreben. Bisher ist von der Regierung noch nichts geschehen. Auch für die Erbringung des allgemeinen Wahlrechts wurde vereinigt gewirkt. Bemerkenswert ist, daß die Organisation der Staats- und Gemeindebeamten und Arbeiter ziemlich umfangreich ist, auch ein Verband der Lehrer existiert.

In Dänemark richteten die Gewerkschaften einen größeren Teil ihrer Tätigkeit auf Ueberwindung der durch die Krise verursachten großen Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit erreichte einen nie gesehenen hohen Grad, 20,35 Prozent der Mitglieder waren zeitweise arbeitslos. Trotzdem nahmen die Verbände noch rund 6000 Mitglieder zu.

Schweden hatte ein Jahr der Kämpfe zu verzeichnen, in denen die Arbeiter, meist in die Defensive gedrängt, die von den Unternehmern versuchten Lohnreduktionen zurückweisen mußten. Schon zeigten sich die ersten Vorboten für den großen Kampf, der im folgenden Jahre von den Arbeitern mit Erfolg geführt wurde. 293 Arbeitsstellen, an denen nahezu 40 000 Arbeiter beteiligt waren, bedeuteten für die schwedischen Organisationen im Jahre vor der großen Aussperrung eine große Kraftanstrengung.

In Norwegen dauern die Fortschritte, die die Bewegung in den letzten Jahren machte, an. Eine besondere Agitation wurde unter den Seelenten und den Arbeiterinnen betrieben. Die soziale Gesetzgebung erheischte besonderes Interesse, ein Gesetzentwurf über das Koalitionsrecht, die Unfallversicherung für Fischer, ein Krankenversicherungsgesetz und ein Aenderungsantrag bezüglich der Gewerbeinspektion.

Aus Finnland wird berichtet, daß der kleine Mitglieder rückgang nicht allein auf die schlechten industriellen Verhältnisse, sondern auch auf das Wüten der politischen Reaktion zurückzuführen ist. Größere Kämpfe wurden in der Metall- und Papierindustrie geführt.

Den Bericht aus Deutschland können wir wohl übergehen, da in ausführlicher Weise vor Jahresfrist schon darüber berichtet wurde. Der kleine Rückgang von 1908 ist übrigens durch die Zahl von 1909 längst wettgemacht.

Im Nachbarland Oesterreich, das auch arg von der Krise betroffen wurde, verloren die Gewerkschaften 19 000 Mitglieder, doch verschulden diesen Rückgang auch die tschechloslawischen Genossen, die fleißig daran arbeiten, um die bestehenden Zentralverbände in nationale Vereine zu spalten. Und da neben dem Nationalitätenhader auch Oesterreich fast alle Spielarten deutscher Gewerkschaftsrichtungen hat, bleibt die Zerplitterung nicht aus. Ein gut ausgebautes Unterstützungswesen und eine gesunde Finanzgebarung zeigen übrigens den festen Grundstock der Organisationen. Unter dem ewigen nationalen Krakeel

leidet auch die Arbeit des Parlaments und damit die Sozialpolitik.

Bosnien und Herzegowina berichten zum erstenmal. Eine schlechte Schulbildung des Volkes (80 Prozent Analphabeten), reaktionäre Maßnahmen der Behörden, Missetätigkeit des Unternehmertums, schlechter Geschäftsgang und Spaltung der Organisationen in nationale usw. Gewerkschaften erschweren zwar die Entwicklung der Zentralorganisationen, können deren Fortschritt aber nicht hindern. Seit 1909 erscheint ein Arbeitsblatt für die gewerkschaftliche und politische Bewegung.

Aus Ungarn hören wir von noch schärferen reaktionären Maßnahmen wie in den Vorjahren. Die Regierung löst nicht nur einzelne Sektionen auf, sondern läßt nun auch die Zentralen nicht mehr unbehelligt. Als Gegenwehr griffen die Arbeiter zur Waffe des Generalstreiks. Mit ungeschwächter Kraft kämpften trotzdem die Arbeiter, wenn ihre Mitgliederreihen auch gelichtet wurden.

Kroatien, Slavonien, Serbien und Bulgarien zeigen noch das Bild unvollkommener, doch stark in aufsteigender Entwicklung begriffener Gewerkschaften.

Die Schweiz mit ihrer großen Exportindustrie mußte naturgemäß unter der allgemeinen Krise leiden. Die Differenz in der Gesamtausfuhr betrug im Jahre 1908 gegenüber dem Vorjahre 114,5 Millionen Frank, bei 1038,4 Millionen Frank überhaupt. Die Mitgliederzahl und die Anzahl der Kämpfe sank dementsprechend etwas. Die Buchdrucker konnten das 50jährige Bestehen ihrer Organisation feiern.

Italien zeigt einen Aufschwung der Arbeiterbewegung, die Zentralisation macht erfreuliche Fortschritte. Einen großen Streik führten die Bandarbeiter in der Provinz Parma, an dem sich 30 000 Arbeiter beteiligten. Nach zweimonatigem heroischen Kampfe endete der Kampf ohne nennenswerten Erfolg für die Arbeiter. 50 Genossen wurden vor das Schwurgericht geschleppt, jedoch freigesprochen. Im 1680 Streiks waren beinahe 300 000 Arbeiter beteiligt. Die soziale Gesetzgebung stagniert.

In Spanien hat die Entwicklung der Zentralverbände immer noch unter der anarchistischen Strömung zu leiden. Trotzdem ist die Mitgliederzahl rapid gewachsen. 1899 erst 26 000 Mitglieder, zählte die Zentrale 1908 schon über 80 000 Mitglieder. Um die Streikbewegung zu vernichten, begann die Regierung mit der Verhaftung der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Parteiführer. Nur die Abgereisten entgingen dem Kerker. Alle sozialistischen Zeitungen wurden unterdrückt, alle Arbeitersäle und Bureaus geschlossen. Besonders in den größeren Städten waren alle Gefängnisse bald überfüllt. Allein in Madrid zählte man über 400 Verhaftungen. Die tyrantischen und grausamen Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeiterklasse, besonders in Katalonien, haben die größte Erbitterung im Volke wachgerufen, die sich noch steigerte durch die nachfolgenden Füllreibungen. Die Landeszentrale und die sozialistische Partei verlangten mit Macht die Uebernahme des Kabinetts Maura. Anlässlich der Protestbewegung gegen den Krieg wurden nicht weniger wie sieben Anlagen gegen den Vorsitzenden der Landeszentrale erhoben; außerdem zwei gegen den zweiten Vorsitzenden, eine gegen den Sekretär, während ein Vorstandsmitglied durch ein Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Den Schluß bildet der Bericht von den Vereinigten Staaten von Amerika. Er beschäftigt sich zunächst mit dem Kongreß zu Toronto und dem dort gefaßten Beschluß, den Anschluß an die Zentrale zu vollziehen. Die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter Nordamerikas wird auf 3 Millionen geschätzt. Der Bericht klingt in einer Verbrüderungs Kundgebung aller internationalen Gewerkschaften aus, was gewiß auch der Wunsch aller Arbeiter ist.

Ein Blick hinter die Kulissen einer christlichen Gewerkschaft.

Zum zweitenmal wurde im Jahre 1909 von der christlichen Organisation in der Oberpfalz ein unfürstlicher, nicht vorbereiteter und aussichtsloser Streik inszeniert, der natürlich verloren ging. Wie 1905, so verjuchten auch im vorigen Jahre die Christlichen in skrupelloser Weise die Schuld für ihre Niederlage dem freien Glasarbeiterverband, der den Pumbug nicht mitmachte, zuzuschreiben. Im Herbst 1909 erschien ein Flugblatt, dessen Inhalt alles andre als christlich war. Das Nachwerk strotzte von Verleumdungen, Lügen und Beleidigungen gegen die Führer des freien Glasarbeiterverbandes. Das Flugblatt erschien nach echter Christenart anonym. Allein nach Inhalt und Schreibweise konnte man annehmen, daß der Verfasser der damals noch in Bekken amtierende christliche Sekretär Salomon sei. Am 9. September 1909 beschaffte sich die Frankische Tagespost mit dem Lügenflugblatt, für das die Christlichen aus Freigiebigkeit auch heute noch nicht die Verantwortung übernehmen wollen, und wies die Lügen und Verleumdungen zurück. Salomon, der seit 1. April 1909 seines Amtes entbunden ist, lief zum Kadi und verklagte den Redakteur der Tagespost, Genossen Barth, wegen Beleidigung. Die Verhandlung vor dem Nürnberger Schöffengericht ergab interessante Momente. Ansehend klagte Salomon weniger seiner Ehre wegen als um ein Geschäft zu machen. Er braucht nämlich Geld, weil ihn seine Organisation im Stiche ließ. Herr Salomon betonte gleich zu Beginn der Verhandlung, daß er eine große Geldbuße verlange oder er Klage auf dem Zivilrechtsweg auf eine angemessene Entschädigung, weil er durch den Artikel der Frankischen Tagespost brotlos geworden sei und mit seiner Familie hungern müsse. Es bedurfte der ganzen Verebamtheit des Richters und seines Vertreters, um ihn davon zu überzeugen, daß da ein Geldgeschäft nicht zu machen sei. Darauf verplapperte sich Salomon und gestand auf Vorhalt des Richters ein, daß er nicht entlassen wurde, sondern selbst ging, weil vom Hauptvorstand, immer Briefe kamen, in denen geflagt wurde über Mitgliederchwund und daß gar nichts vorwärts geht. — Von dem Flugblatt weiß Herr Salomon „gar nichts“. Später verschnappte er sich auch in diesem Punkte, so daß der Richter bemerkte, es ist sonderbar, daß er (Salomon) sich auf einmal als verantwortlicher Redakteur des Flugblattes fühlte. Dr. Sieheim, der Verteidiger des Genossen Barth, betonte, daß es ein schwerer Vorwurf für die christliche Organisation sei, wenn sie den langjährigen Beamten jetzt mit Weib und Kind hungern läßt. Dann warf er die Frage auf, wer denn gelogen hat, ob Salomon, der bekundete, daß der Hauptvorstand über Mitgliederchwund klagte, und jammerte, daß gar nichts vorwärts gehe, oder die christlichen Zeitungen, die Flugblätter, die prahlerisch von den „großen Erfolgen der christlichen Organisationen“ schrieben. Wenn die Führer der freien Gewerkschaften geklagt hätten — sie haben es aber verschmäht —, dann müßte der Verfasser des christlichen Flugblattes viel schwerer bestraft werden, denn das Flugblatt enthält nicht weniger als 26 Beleidigungen und üble Nachreden. Da in einem Punkte des Artikels, aus dem man den Vorwurf der Unterschlagung herauslesen konnte, der Wahrheitsbeweis nicht erbracht wurde, wurde Genosse Barth zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Diese 30 Mark ist der Blick hinter die schwarzen Kulissen auch wert.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!